:antifaschistische nachrichten Nr. 14

g 3336 15.7.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Auch der „Pro NRW"-Aufmarsch in Dortmund muss verhindert werden!

Zeitgleich mit dem Bundesparteitag von „pro deutschland" in Berlin will die selbsternannte Bürgerbewegung „Pro NRW" in Dortmund-Hörde am 17. Juli gegen „Islamisierung und die Ausbreitung von Parallelgesellschaften" aufmarschieren. Weil die rassistische Partei jedoch wie bereits in der Vergangenheit nur eine geringe Anzahl von Anhängern mobilisieren können wird, belässt sie es gleich bei einer Standkundgebung. In Dortmund wird breit mobilisiert zu Kundgebungen und Aktionen.

Dortmunder pro Dortmund Für Toleranz und Demokratie – gegen populistische Hetze

Für den 17.7.2010 hat Pro NRW einen „Protestmarsch" unter dem Motto „Kein islamistisches Ghetto in Dortmund-Hörde" angekündigt. PRO NRW setzt damit die erfolglosen Versuche ähnlicher politischer Kräfte fort, das Moscheebauprojekt „Am Grimmelsiepen" für eigene Zwecke zu missbrauchen und Stimmung gegen das friedliche Miteinander in der Stadt zu machen.

PRO NRW ist der Versuch, die Erfolge der so genannten „Bürgerbewegung" PRO Köln bei Kommunalwahlen auf die Landesebene zu übertragen. Bei der Landtagswahl am 9. Mai wählten aber nur 1,4 Prozent die Truppe. Jetzt machen sie wieder Stimmung gegen Muslime, um von eigenen Misserfolgen abzulenken.

Aber diese Kräfte sind nicht ganz ungefährlich. Die Partei schürt gezielt Ängste vor „Überfremdung" und insbesondere vor dem Islam. Zentrale Themen sind Moscheebauten und ein – gesetzwidriges – Minarettverbot. Forderungen nach Zuwanderungsstopp und „Rückführung" hier lebender Migranten sind nur Umschreibungen für „Ausländer raus!". Dabei suchen sie die Nähe zu rechtspopulistischen Parteien wie der belgischen „Vlaams Belang" oder der österreichischen FPÖ. Sogar Verbindungen zur extremen Rechten gibt es.

In Dortmund gibt es bislang keinen Ableger von PRO NRW. (Den Namen PRO DORTMUND hat sich eine Gruppe demokratisch Gesinnter mit Witz vorsorglich gesichert!) Es gibt nur einen Ansprechpartner: Rechtsanwalt André Picker, in der Vergangenheit als Verteidiger bekannter Neo-Nazis aufgefallen. (Mehr Infos unter www.netz-gegen-nazis.de)

Breite Allianz ruft auf zur Kundgebung gegen „Pro NRW"

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus[1], der Runde Tisch Grimmelsiepen[2] und nicht zuletzt der Rat der muslimischen Gemeinden Dortmund und der DITIB Moscheeverein Hörde rufen auf zur Kundgebung gegen Stimmungsmache und rechten Populismus. Trotz unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur stellen wir uns gemeinsam den Störenfrieden von Pro NRW entgegen. Wir Dortmunder stehen für eine tolerante und weltoffene Stadt und für ein friedliches Miteinander. Machen Sie mit!

Samstag, den 17.7. 2010 um 12.00 Uhr, Clarenberg, nahe Jugendfreizeitstätte (U-Bahn Clarenberg/Parken am Goystadion)

Es wirken mit: Oberbürgermeister Ullrich Sierau, Jutta Reiter, DGB-Vorsitzende; Superintendent Klaus Wortmann, Ogün Arpaci, Vorsitzender Moscheeverein Hörde; Adem Sönmez, Integrationsrat der Stadt, Friedrich Stiller, Arbeitskreis Rechtsextremismus; Pfr. Niels Back, Runder Tisch Grimmelsiepen.

Um ca. 13.30 Uhr beginnt ein Freundschaftsfest & Internationales Jugendfussballturnier der Jugendfreizeitstätte (Eröffnung durch Manfred Renno, Bezirksvorsteher Hörde im Goystadion)

Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus, Informationen unter www.dortmund-rechts.de ■

1 Ausl.-gesell. NRW + Dtld., AWO, Grüne, CDU, DGB, DPWV, Ev. Kirche, Fachhochschule, Gesell. f. chr.-jüd. Zus.-arbeit, IBB, Integrationsrat der Stadt, Jugendring, Kath. Stadtkirche, SPD, Gegen Vergessen e.V.

2 Türk.-Islam. Kulturverein Hörde, Ev. Kirchenkreis Süd, Ev. Gemeinden Hörde + Wellinghofen, DGB, Kath. Stadtkirche, SPD u. Grüne u. Linke in der Bezirksvertretung Hörde + Bezirksverw.-stelle, Rombergparkkomitee

Das Buendnis Dortmund stellt sich quer ruft dazu auf, den neuerlichen „Pro-NRW"-Aufmarsch ebenso wie den so genannten „Nationalen Antikriegstag" der „Autonomen Nationalisten", der wieder am 4. September in Dortmund geplant ist, zu verhindern!
Bündnis „Dortmund stellt sich quer"
dortmundquer.blogsport.de
twitter.com/DortmundQuer

Aus dem Inhalt:

Heinz Buschkowsky, die SPD und der Rassismus 7
‚Die Schweine von heute sind die Wurst von morgen'. 9

Parallelveranstaltung

BERLIN. Parallel zum Bundesparteitag der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Deutschland“ im Schöneberger Rathaus soll am 17. Juli auch eine Tagung der „Historischen Gesellschaft – Förderkreis Deutsche Geschichte“ in Berlin stattfinden. Mit einer Anzeige im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ wirbt diese für eine Tagung unter dem Motto „Was wollten die Nationalsozialisten wirklich? - Vom Anschluß Österreichs bis zur neuen Europapolitik des Dritten Reiches“. Eingeladen sind zu der Tagung der langjährige FPÖ-Aktivist und ehemalige Vizepräsident des österreichischen Nationalrats, Prof. Wilhelm Brauneder aus Wien, und Dr. Walter Post aus München. Letzterer ist als Referent bei einschlägig rechten Organisationen und Parteien hinreichend bekannt. Dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ gab Post ebenso ein Interview wie der „Deutschen Nationalzeitung“. Kontaktadresse für die Veranstaltung, die um 16 Uhr an einem Ort in „zentraler Lage“ stattfinden soll, ist Hans-Ulrich Pieper. Bislang organisierte der ehemalige „Republikaner“-Aktivist seine Veranstaltungen immer unter dem Namen „Das DienstagsGespräch“. *hma* ■

Nonkonforme „T-Hemden“

HATTORF AM HARZ. Zum 66. Jahrestag des missglückten Attentats auf Adolf Hitler bietet „Kon+Form Textilien“ ein „T-Hemd“ mit dem Porträt von Stauffenberg an. „Denn“, so der Textilversand mit Sitz in Hattorf am Harz auf seiner Internetseite, „ein positiver Bezug zur eigenen Nation und Geschichte ist heute wichtiger denn je“. So biete der Versand Bekleidung „vornehmlich mit konservativen und die Nation bejahenden Motiven“ an. Man kreiere ein Medium, „das zeitgemäß positive Impulse für eine selbstbewusste Nation gibt“. Dies stelle „ein kleines Fragment auf dem Weg zu einem neuen, besseren Ganzen“ dar. Inhaber der Firma, die mit einer Anzeige in der „Jungen Freiheit“ auf sich aufmerksam macht, ist Jens Gerlach. *hma* ■

„Wir in Herten“

HERTEN. Mit einem Leserbrief in der „Deutschen Nationalzeitung“ (26/2010) wartet die Vorsitzende der Wählerinitiative „Wir in Herten“ (WIR), Jutta Becker, auf. Wenn die „Grünen“ im NRW-Landtag die Verpflichtungsformel „zum Wohle des deutschen Volkes“ in „zum Wohl der Bevölkerung in NRW“ umwandeln wollen“, dann „lässt das tief blicken“, so Becker in dem extrem rechten Blatt. Auf ihrer Internetseite wirft WIR den „Grünen“, der SPD und der Partei „Die Linke“ eine „kritiklose pro-islamische Politik“ vor. Eine „Islamisierung“ müsse verhindert werden. „Fordern und Fördern“ solle auch für die „Integrationspolitik“ gelten. Ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen lehnt WIR ab. Den Verein gründete Jutta Becker, die als Parteilose im Rat der Stadt sitzt, im Jahr 2008. Sie erhofft sich dadurch, bei den nächsten Kommunalwahlen einen Fraktionsstatus zu erreichen.

hma ■

Schriftleiterwechsel bei „Una Voce“

HEIMBACH. Die unlängst eingestellte „Una Voce Korrespondenz“ soll mit einer neuen Schriftleitung künftig wieder erscheinen. In Zukunft soll die Zeitschrift der gleichnamigen katholischen Laienorganisation, die für die Beibehaltung der überlieferten Messform eintritt, im Bernardus-Verlag erscheinen, der im Kloster Mariawald in Heimbach angesiedelt ist. Dessen Geschäftsführer, Dr. Dr. Frank Erich Zehles, soll neuer Schriftleiter des Blattes werden. Der Verlag warb in der Vergangenheit mit Anzeigen u.a. in der „Jungen Freiheit“ und der „Deutschen Sprachwelt“. 2003 erschien dort ein Buch des ehemaligen NPD-Aktivisten Manfred Müller aus Neuss, der zu den Autoren der „Deutschen Nationalzeitung“ gehört.

Das Trappistenkloster Mariawald hatte bereits 2008 beschlossen, wieder zum tridentinischen Messritus zurückzukehren.

hma ■

„Zeitgespräche 2010“

SÜDDEUTSCHLAND. Die in Verbindung mit der extrem rechten Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ und dem „Druffel & Vowinkel-Verlag“ durchgeführten „Zeitgespräche“ finden in diesem Jahr vom 3. bis 5. September im „süddeutschen Raum“ statt. Im Mittelpunkt der Tagung sollen die „seit dem Frankreichfeldzug 1940 einsetzenden Bemühungen um die Neuordnung Europas“ stehen. *hma* ■

Kein Bett für Rechtsextreme

BERLIN. Ein Hotelier in Bad Saarow war nicht bereit, den Vorsitzenden der NPD Udo Voigt in seinem Hotel zu beherbergen. Die dagegen gerichtete Klage von Voigt wegen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte wurde vom Gericht in Frankfurt/Oder jetzt abgewiesen.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) zeigte sich nach der Urteilsverkündung am 22.6.2010 zufrieden: „Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichtes. Unsere Berufung ist Gastfreundschaft und verträgt sich nicht mit ausländerfeindlichen Parolen bestimmter rechter Gruppierungen“, sagte DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges in Berlin. „Wir haben kein Problem mit Ausländern, sondern ohne.“

Die Aufnahme von Mitgliedern extremistischer Gruppierungen sei eine Gewissensfrage, die jeder Hotelier für sich beantworten müsse. Ein Hotelier, der eine solche Reservierung ablehne, verhalte sich korrekt und habe die volle Unterstützung des Verbandes. „Auf Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches herrscht in unserem Land Vertragsfreiheit. Der Unternehmer ist nicht verpflichtet, Verträge zu schließen“, erklärte Hartges.

Bereits in der Vergangenheit hatte sich der DEHOGA Bundesverband klar gegen jede Form von Extremismus positioniert. Bei Fragen und Problemen bietet der Verband seinen Mitgliedern konkrete Hilfe an und berät betroffene Unternehmer.

PM DEHOGA Bundesverband
www.dehoga.de ■

Public Viewing in Frankfurt am Main – ein Tummelplatz für Neonazis?

Beim „Public Viewing“ am Samstag, dem 3. Juli, anlässlich des WM-Spiels Argentinien gegen Deutschland trat in der Frankfurter Commerzbank-Arena eine Gruppe von jungen Erwachsenen auf, die sich durch Sprüche und Gesten eindeutig als Neonazis zu erkennen gab. Personen dieser Gruppe salutierten mit dem Hitlergruß inmitten von 25.000 Feiernden, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen wie Ansprachen oder Platzverweise nach sich zog.

Bereits beim „Public Viewing“ auf dem Frankfurter Rossmarkt bei einem vorangegangenen Deutschland-Spiel wurde nach Auskunft eines Polizisten ein Mann festgenommen, der sich ein großes Hakenkreuz auf den Körper gemalt hatte. Die Polizei war nach eigenen Angaben von einem Pressevertreter darauf aufmerksam gemacht worden, niemand der Feiernden hatte auf das Zeigen des Nazisymbols reagiert bzw. war dagegen eingeschritten.

Offen auftretende Neonazis waren auf diesen Events eine kleine Minderheit. Erschreckend ist jedoch, dass deren Auftreten von einer breiten Masse geduldet wurde – in keinem der beiden genannten Fälle sah sich irgendjemand der Feiernden veranlasst, gegen sie zu protestieren, sie des Platzes zu verweisen oder Polizei und Sicherheitsdienst zu informieren.

Noch im Jahr 2006 bei der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland existierte wenigstens in Teilen der Öffentlichkeit

Keinen Fußbreit den Rassisten! Weder in Berlin noch sonstwo!

Unter dem Deckmantel von Islamkritik, Frauen- und BürgerInnenrechten versucht nun die selbsternannte Bürgerbewegung „pro Deutschland“ einen rassistischen Konsens in Berlin gesellschaftsfähig zu machen. “pro Deutschland“ – eine Koalition aus „geläuterten Nazis“, RassistInnen und SozialdarwinistInnen – will ihren Ableger „Pro Berlin“ bei ihrem Bundesparteitag in Berlin am 17. Juli in Startposition für die Abgeordnetenhauswahl 2011 bringen. Zum Frontmann sollte der von der DVU zu „pro Deutschland“ gewechselte schwedische Multimillionär und Nazi Patrik Brinkmann gekürt werden, der seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt und gerade beim Wahlkampf in NRW unter dem Slogan „Abendland in Christenhand“ eine grandiose Bauchlandung hingelegt hat, gekürt werden. (Der hat aber inzwischen einen Rückzieher gemacht, d.Red.) Markus Beisicht, Vorsitzender von „pro Köln“ und „pro NRW“ sowie Manfred Rouhs, Vorsitzender von „pro Deutschland“ waren beide früher unter anderem bei den Republikanern und der rechten Deutschen Liga für Volk und Heimat aktiv waren. Nahtlos reiht sich hier auch das neueste „prominente“ Mitglied Andreas Molau, Vorsitzender der rechten Gesellschaft für freie Publizistik und ehemaliges Mitglied der NPD sowie der DVU ein. Wie diese drei ist einer Reihe von FunktionärInnen und Mitgliedern der pro- Bewegungen eine frühere Mitgliedschaft in rechten Parteien und/oder Querverbindungen zu unterschiedlichsten rechten Gruppen und Parteien, bis hin zur NPD nachzuweisen.

Zusammen mit rassistischen Parteien wie Vlaams Beelang. Lega Nord, FPÖ sowie in einer Reihe mit Pax Europa, anderen Pro-Bewegungen und Freien Wählervereinigungen, mit MoscheegegnerInnen wie der Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB) hetzen sie gegen MigrantInnen und fantasieren den Untergang des „christlich-jüdischen Abendlandes“ durch eine „schleichende Islamisierung“ Europas herbei. Ihr Konstrukt eines exklusiv „christlich-jüdischen Abendlandes“ zielt mit rassistischen Argumenten darauf ab, über das Feindbild Islam MigrantInnen auszugrenzen. Sozioökonomische und politische Aspekte werden als kaum zu überwindende kulturelle Modelle verschleiert und der Islam als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren. Wir nehmen die Propaganda der RassistInnen als das, was sie ist: einen gezielten Angriff auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von Religion und Herkunft.

Deswegen ruft der Berliner VVN-BdA alle Berlinerinnen und Berliner auf: Egal unter welchem Dach sich RassistInnen oder Nazis versammeln, ob im Rathaus Schöneberg oder anderswo – wir werden da sein! Wir wollen weder ihre Parteitage noch ihre Anwesenheit in Parlamenten in Berlin!

Mehr Infos: http://rechtspopulismus-stoppen.blogsport.de/ ■

eine Sensibilität gegen einen allzu offen auftretenden Nationalismus. Davon scheint im Jahr 2010 kaum etwas geblieben. Selbst unübersehbare neonazistische Gesten und Symbolen scheinen zum akzeptierten Bestandteil der schwarz-rot-goldenen Mega-Partys zu werden. Auch in der selbsternannten Multi-Kulti-Metropole Frankfurt am Main.

Pressemitteilung des Redaktionskollektivs Dunkelfeld aus Wiesbaden, Foto: peter-juelich.com ■

„Kein Sex mit Nazis“ lautete die provokative Forderung der DGB-Jugend beim CSD in Köln am 4. Juli. Mit einem 30x12 Meter großem Transparent demonstrierte die Gewerkschaftsjugend für Toleranz, Gerechtigkeit und Gleichstellung sowie gegen rechtsextreme Einstellungen.

Viele rechtsextreme Straftaten und zunehmende Gewalt

Berlin. Laut Bundesregierung wurden im Mai 2010 bundesweit 1.328 rechtsextrem motivierte Straftaten registriert, darunter 74 Gewalttaten. Beide Zahlen liegen erheblich über dem Jahresdurchschnitt. Auffällig ist zudem ein deutlicher Anstieg beider Tat-Zahlen in Nordrhein-Westfalen. Die aktuelle und die langjährige Statistik können im Büro von Petra Pau erfragt werden.

PM Petra Pau, MdB DIE LINKE., www.petra-pau.de ■

Österreicher bei Neonazi-Veranstaltung in Deutschland verhaftet

Am 3. Juli 2010 fand im Raum Buchheim/Bayern der deutsch-tschechische „Tag der Freundschaft“ statt. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Deutsch-Böhmischen Freundeskreis, einem Bündnis zwischen deutschen und tschechischen Neonazis. Als Redner waren Aktivisten der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD), des Freien Bündnis Sued, der KS Bohemia und der Delnicka strana socialni spravedlnosti (Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) angekündigt. Bei Letzterer handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation der im Februar 2010 von den tschechischen Behörden verbotenen Delnicka strana (Arbeiterpartei, DS). Bei dem nachfolgenden Konzert trat neben deutschen und tschechischen Musikgruppen wie Nordglanz, Racial Purity, Ortel, Legion S auch die österreichische Band Donner des Nordens auf. Diese Gruppe ist schon seit einigen Jahren aktiv und hat u. a. zusammen mit der Servicecrew Vienna, einer ebenfalls aus Österreich kommenden Neonazi-Band, im Januar dieses Jahres bei einem von Blood & Honour organisierten Konzert in Slowenien gespielt.

Laut einem Bericht der Passauer Neuen Presse vom 5. 7. 2010 soll die deutsche Polizei beim „Tag der Freundschaft“ einen Österreicher aus Schärding verhaftet haben, da gegen ihn ein Haftbefehl vorgelegen sei. Zu der Veranstaltung bzw. zu den Teilnehmern wird in der Presse folgender Kommentar eines Polizeibeamten vor Ort wiedergegeben: „Da ist eine gefährliche Bande zusammen. Von den Vorstrafen her kommen da gut 100 Jahre Gefängnis zusammen. *www.doew.at* ■

Polizist Vorsitzender bei „Pro NRW“

Polizeihauptkommissar Wolfgang Palm zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Aachen von „Pro NRW“ gewählt +++ früher aktiv in der „Schill-Partei“ +++ Polizeipräsident Oelze äußert „Bestürzung“ +++ Versetzung angekündigt

Wie durch die Lokalzeitung Aachener Nachrichten bekannt wurde, hat der Kreisverband Aachen der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung Pro NRW“ Polizeihauptkommissar Wolfgang Palm zum Vorsitzenden gewählt. Dies geht aus einem Artikel vom 5.7.2010 hervor. „Pro NRW“ bestätigt dies auf ihrer Internetseite: „Die Mitglieder [des Kreisverbandes Aachen] sprachen dem 54jährigen Polizeihauptkommissar Wolfgang Palm einstimmig ihr Vertrauen aus und wählten ihn zum neuen Vorsitzenden.“

Wolfgang Palm hatte am 7.5.2010 an einer Kundgebung von „Pro NRW“ in der Aachener Innenstadt teilgenommen. Entgegen der – angeblichen – Vermutungen von Kolleg_innen, die gedacht haben wollen, Palm sei als Zivilbeamter eingesetzt gewesen, beteiligte er sich als Privatperson an der 15 Menschen „starken“ Kundgebung.

Palm ist kein unbeschriebenes Blatt: Bereits 2002 hatte er am Aufbau einer Ortsgruppe der rechtspopulistischen „Schill-Partei“ mitgewirkt.

Nachdem diese Sachverhalte durch die Aachener Nachrichten (AN) bekannt gemacht wurden, kündigte Polizeipräsident Oelze an, Palm „in einen Behördenbereich ‚mit wenig Publikumskontakt‘ zu versetzen“, schreibt die AN. Entgegen der Realität verkündetet Oelze, die Aachener Polizei stehe „nach wie vor für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Ausländerfreundlichkeit.“ Der Polizeipräsident gibt zu, Palms Nähe zu „Pro NRW“ sei ihm bereits zur Zeit der erwähnten Kundgebung aufgefallen. Von dem Vorsitz des Kreisverbandes habe er allerdings bis zur Veröffentlichung in den AN nichts gewusst. Oelze kündigte an, er wolle disziplinarrechtliche Schritte prüfen lassen.

Recherche-Team Ostviertel-Kiez
Quelle: indymedia ■

NPD-Landesparteitag

Wenn ein Mordgehilfe zum Sommerfest lädt

Am vergangenen Sonntag fand in Hamburg der Landesparteitag der hiesigen Nationaldemokraten statt. Dazu nutzten die Kameraden das Vereinshaus eines Kleingartenvereins im Stadtteil Bramfeld. Praktisch, denn schließlich kommt auch ein guter Teil der Kader aus dem Stadtteil. Der hiesige Landesverband ist fest in der Hand einer Truppe, die sich früher mal „Bramfelder Sturm“ nannte.

Der Landesvorsitzende Torben Klebe, der allerdings nur kommissarisch den verstorbenen Obernazi Jürgen Rieger vertritt, wohnt hier ebenso wie Jan-Steffen Holthusen, vorbestraft wegen Körperverletzung oder Mario Liebert, Leiter des Hamburger NPD-Ordner-(Schläger-) Dienstes. Vor dem Vereinshaus parkten ca. 20 Autos, weitere 30 Autos wurden wurden von den NPD-Funktionären Jan Zimmermann und Thorsten Schuster über den U-Bahnhof Farmsen zu dem Treffen geschleust. Beide hatten 2009 zur Bundestagswahl für die Partei kandidiert,

Zimmermann kassierte 2006 eine Anzeige, weil er die Polizei als „blöd im Kopf“ bezeichnet hatte. In dem Kleingarten war man am Sonntag ebenso ahnungslos, wie in dem in direkter Nachbarschaft gelegenem Flüchtlingsheim. Die Jalousien waren zur Hälfte herunter gelassen und zusätzlich die Gardinen zugezogen. Schließlich sollten die Kleingärtner nicht mitbekommen, was da in ihrem Vereinshaus stattfindet, denn dann hätte die NPD keine Räume bekommen. Angemeldet war der Parteitag dementsprechend auch als „Sommerfest“ des Herrn Willi Wegner, der auch am 13. Dezember am selben Ort eine „private Weihnachtsfeier“ veranstaltet hatte, über die die NPD später schrieb „als Veranstaltungsort hatte man eine gemütliche Räumlichkeit gewählt...“

Hätten die Gartenfreunde das ellenlange Vorstrafenregister des ehemaligen Offiziers der Feldjäger Wegner gekannt, dann wäre ein Vertrag erst recht nicht zustande gekommen. Angefangen bei einer Wehrsportgruppe Neumann wurde Wegner 1976 wegen Schmieraktionen, dem Überfall auf einen linken Buchladen und dem Raub von mehreren Maschinenpistolen zu 39 Monaten Haft verurteilt. 1982 folgte die Verurteilung wegen Beihilfe am Fememord an seinem ehemaligen Nazikameraden Johannes Bürger. Zündel-Willi, so sein Spitzname in Nazikreisen, musste 1986 erneut hinter Gitter wegen Widerstand, Aufstachelung zum Rassenhass und anderen Propagandadelikten, im gleichen Jahr war er Spitzenkandidat der inzwischen verbotenen FAP in Hamburg. 1990 folgte die letzte bekannte Verurteilung wegen Sprengung einer Antifaveranstaltung. Wegner ist einer der personifizierten Beweise für die Integration brutaler Gewalttäter in die Hamburger Naziszene. In der engagiert er sich aktuell im Landesvorstand und fährt seit längerem das Propagandamaterial zu den Infotischen in verschiedenen Stadtteilen.

Neben Organisatorischem war diesmal war nur die Rede des „prominenten“ Gastredners Karl Richter, Chefredakteur des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ geplant. Richter ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Nazipartei und wurde 2009 rechtskräftig wegen Zeigen des Hitlergrußes verurteilt. Einen Wahlparteitag zur Wahl eines neuen Vorsitzenden wollen die Hamburger erst 2011 durchführen. Einen Strippenzieher, Anwalt und Millionär wie Rieger zu ersetzen, der sowohl von militanten Kameradschaftern wie auch von gesetzteren Altnazis und Bündnispartnern der DVU geschätzt wurde, wird dem Landesverband schwerfallen. Der kommissarische Vorsitzende Torben Klebe, ehemaliger Aktivist des verbotenen Netzwerkes „blood & honour“ und verurteilt wegen des Vertriebs von indizierten CD’s, ist weder charismatisch noch mit besonderen politischen Qualitäten gesegnet.

Die Innenbehörde, die in ihrem Verfassungsschutzbericht im Mai diesen Jahres die neofaschistischen Gewalttaten in Hamburg herunter spielte, hatte Mordgehilfe Wegner und Kameraden am Sonntag übrigens nicht unter Beobachtung. Polizei war jedenfalls nicht vor Ort. Ja man hatte es auch versäumt, den Kleingartenverein über die wiederholt ungebetenen und verlogenen Gäste zu informieren. Kein Wunder, denn seit neustem steht der Feind für Geheimdienst-Chef Vahldieck und Innensenator Ahlhaus ja wieder links, da darf man rechts auch mal schlafen. *Felix Krebs* ■

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und begleitet von massiven Gegenprotesten, fand am 10. Juli 2010 in Gera das sog. „Rock für Deutschland“ statt. Über 1.000 Menschen protestierten gegen das rechtsextremistische Musikfestival. Dabei gelang es den Gegendemonstranten immer wieder die Anfahrtswege der Rechtsextremisten zu blockieren. Dabei kam es am Rande gelegentlich zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Neonazis kaufen Gasthof in Oberfranken

Neonazis aus dem „Freien Netz Süd“ haben im oberfränkischen Dorf Oberprex eine seit langem leerstehende Gaststätte gekauft. In der braunen Immobilie hat mittlerweile die erste Feier der Neonaziszene stattgefunden, weitere Veranstaltungen sind bereits angekündigt. Die Bewohner_innen der kleinen Siedlung an der deutsch-tschechischen Grenze sind schockiert. Die Behörden hatten die Verantwortlichen offenbar nicht gewarnt, die Öffentlichkeit wurde von ihnen bisher auch nicht informiert.

Das Restaurant zum Egerländer in Oberprex

Bayerische Immobiliendebatten...

In den letzten Monaten hatte die bayerische Neonaziszene mehrfach sogenannte „Immobiliendebatten“ in der Öffentlichkeit angeheizt. Im oberfränkischen Warmensteinach und an anderen Orten, so lancierten es Neonazis oder Makler_innen, seien Kameradschaften und/oder NPD angeblich gewillt, für hohe Millionenbeträge ziemlich unverkäufliche Immobilien von zweifelhafter Qualität zu erwerben.

Antifaschistische Expert_innen hatten mehrfach darauf hingewiesen, dass bayerische Neonazis derzeit zwar tatsächlich den Erwerb weiterer Immobilien planen, allerdings nur zu marktüblichen Preisen in einer erheblich geringeren Höhe zuschlagen würden. Außerdem würden Neonazis im Fall einer echten Kaufabsicht sicherlich nicht vorab in der Öffentlichkeit für Wirbel sorgen.

...und die Wirklichkeit

Im oberfränkischen Dorf Oberprex (Gemeinde Regnitzlosau) ist nun der Ernstfall eingetreten: Vor wenigen Wochen erwarben Neonazis aus dem „Kameradschaftsbund Hochfranken“ die seit Jahren leerstehende Gaststätte „Restaurant zum Egerländer“. Es ist den Neonazis dabei offenbar noch gelungen, den ursprünglich vom Vorbesitzer verlangten Kaufpreis von 30 000 Euro auf 7 000 Euro zu drücken. Auch wenn bei der Gemeinde Regnitzlosau eine junge Frau vorgesprochen haben soll, gilt der Neonazi-Aktivist Tony Gentsch als Verantwortlicher für den Kauf und als Betreiber der neuen Neonazi-Location.

Rechtsrock-Musiker Gentsch gehört zu den führenden AktivistInnen des „Kameradschaftsbunds Hochfranken“ und des bayernweit aktiven Kameradschafts-Dachverbands „Freies Netz Süd“ (FNS). Der gelernte Metzger aus Toepen war Versammlungsleiter beim FNS-Aufmarsch am 1. Mai 2010 in Schweinfurt, betreibt den „100%-Versand“ auf dem Internetportal des „Freien Netz Süd“ und war mehrfach auf Publikationen des FNS als Verantwortlicher angegeben. In den letzten Tagen koordinierte Gentsch die Renovierung der neuen Immobilie. Junge Neonazis wurden zum Streichen der Räume herangezogen. Es liegen Hinweise vor, wonach hinter dem Hauskauf nicht nur das „Freie Netz Süd“, sondern auch die bayernweiten Struktur des internationalen „Hammerskin Nation/Crew38“ -Netzwerkes (HSN) steht, dem wiederum einige der führenden FSN-Aktivisten angehören.

Die Nutzung der Immobilie

Am Samstag, 12. Juni 2010 feierten nordbayerische Neonazis aus den Kreisen von „Hammerskins Franken“ und „Freies Netz Süd“ die erste Party im neuerworbenen, eigenen Gebäude. Etwa vierzig bis fünfzig Neonazis drängten sich in und vor der braunen Gaststätte. Zum Ende der Feier hin, gegen fünf Uhr morgens, lagen junge Neonazis betrunken an der Straße.

Der ehemalige Gasthof „Restaurant zum Egerländer“ besteht aus einem kleinen Saalanbau, der Gaststube, aus etwa acht ehemaligen Gasthofzimmern und Garagen. Außerdem verfügt das dicht eingewachsene Gebäude noch über einen kleinen, uneinsehbaren ehemaligen Biergarten. Für große Konzerte und Open-Air-Events wie den neonazistischen „Frankentag“ dürfte dem Ensemble ein ausreichend großer Außenbereich fehlen. Eignen dürfte sich der erworbene Gasthof jedoch für neonazistische Parties, Liedermacherabende, kleinere Rechtsrock-Konzerte und Schulungsveranstaltungen.

Das Schweigen der Behörden

Nicht einmal 100 Menschen wohnen in der zur Gemeinde Regnitzlosau gehörenden Siedlung Oberprex. Das Dorf ist so klein, dass es über keine Straßennamen verfügt. Die Gemeinde hat die Grundstücke durchnummeriert, das „Restaurant zum Egerländer“ hat die Nummer 47. Von hier, von ihrer in direkter Nähe zur tschechischen Grenze gelegenen Infrastruktur aus, werden die Neonazis in Ruhe ihr Netzwerk festigen wollen.

Die Menschen in Oberprex zeigten sich gegenüber a.i.d.a. schockiert über ihre neuen „Nachbar_innen“. Eine ältere Frau rief den Journalist_innen zu: „Wir wollen die Rechtsradikalen nicht haben!“ Verwundert sind die Anwohner_innen in Oberprex über das Nicht-Eingreifen der Behörden: „In Warmensteinach so ein Wirbel und hier nichts dergleichen“ heißt es im Dorf. Offenbar hatte niemand in den Behörden die Gemeindeverantwortlichen vor den braunen Kaufabsichten gewarnt. Bis heute haben Polizei und Verfassungsschutz die lokale und überregionale Öffentlichkeit nicht informiert, das Polizeipräsidium Oberfranken verweigerte die Beantwortung einer Anfrage.

Es wäre möglich gewesen, dem „Freien Netz Süd“ diesen Immobilienerwerb zu verunmöglichen oder zumindest zu erschweren. Diese Chance ist durch das Verhalten der Behörden vertan worden.

Die Umtriebe der nordbayerischen Neonazis in Oberprex zu unterbinden, wird nun einen langen Atem erfordern.

Mittwoch, den 23. Juni 2010
Robert Andreasch, www.aida-archiv.de ■

Schneller als gedacht – KMOB löst sich selber auf

Nazi-„Kameradschaft Märkisch Oder Barnim" (KMOB) aus dem Nordosten Brandenburgs löst sich nach Hausdurchsuchungen und drohendem Verbot selbst auf. Ihr Demo-Marathon findet ein vorzeitiges Ende – Demo in Manschnow am 10. Juli soll abgesagt werden.

Nach den Hausdurchsuchungen am 2.7. bei Mitgliedern und Sympathisanten der Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB) in Märkisch Oderland, Barnim, Oder-Spree und Frankfurt Oder, befürchteten die Aktivisten offenbar ein Verbot ihrer Organisation. In einigen Presseberichten wurde dies angedeutet [siehe Inforiot und Brandenburg Nazifrei]. Bei den Durchsungen wurden Propagandamaterial, Transparente und Kleidung der KMOB, sage und schreibe 337 Waffen sowie eine Kasse beschlagnahmt.

Um dem Verbot zuvor zu kommen, verkündete die KMOB jetzt ihre Auflösung. Ähnlich agierte der Märkisch Heimatschutz (MHS) im Jahr 2006: Die Kameradschaft hatte sich auf Grund eines drohenden Verbots selbst für aufgelöst erklärt.

Im gleichen Atemzug verkündete die KMOB, das Verwenden ihres Logos und ihre Kleidung sei anderen untersagt.

„Wer trotz dieser ausdrücklichen Warnung zuwider handelt, muss von uns als Spalter oder VS angesehen werden, der unsere Bewegung weiter schädigen will.", mahnten die Kameraden in ihrer Auflösungserklärung.

Für ihren Demonstrations-Marathon, den sie am 10. Juli offiziell beenden wollten, bedeutet dies nun einen vorzeitigen Abbruch. Sie kündigten an, die angemeldete Demonstration in Manschnow abzumelden.

Unabhängig eines realen Verbots hatte sich die Kameradschaft in den vergangenen Wochen selbst ins Abseits katapultiert. Von ihren 7 angekündigten Demonstrationen fand nur eine real statt. In Bernau, Eberswalde und Strausberg hatte das Bündnis „Brandenburg Nazifrei" die Naziaufmärsche durch Blockaden verhindert. In Joachimsthal und Biesenthal sagte die KMOB frühzeitig ab, offenbar völlig überfordert. Auch in der Kameradschaftsszene sinkt die Unterstützung nach und nach. Mangelnde Organisierungsfähigkeit, fehlende Inhalte und reiner Aktionismus hatten maßgeblich zum Scheitern ihrer Aktionen und der Kameradschaft selbst beigetragen.

Antifaschistische Aktion Bernau
kontakt@antifa-bernau.tk
http://www.antifa-bernau.tk ■

Aktionstag „Desertöre auf Ohlsdorf"

Hamburg. Eine Radtour „Desertöre und Kriegsverräter" am 5. Juni über den Friedhof Ohlsdorf machte sowohl am „Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer" (mit sechs Gräbern hingerichteter „Fahnenflüchtiger") als auch am Soldatenfriedhof an der Mittelallee (Kapelle 9) Halt. Am Soldatenfriedhof, einer in den 50er Jahren angelegten Gräberstätte, liegen nicht unterscheidbar von den Gefallenen auch zahlreiche „Fahnenflüchtige" und „Wehrkraftzersetzer". Elke Olsson, Tochter des dort bestatteten Desertörs Willi Dittmann, sprach am Grab ihres Vaters über sein Schicksal und berichtete von der gesellschaftlichen Ächtung, der die Familie des „Vaterlandverräters" nach dem Krieg ausgesetzt war.

Nach Abschluss der Radtour befestigten um 15 Uhr Hajo Busch und vier jugendliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Fuhlsbüttel am Gefallenen-denkmal das von der Willi-Bredel-Gesellschaft vorbereitete Transparent mit den Namen der 68 bisher ermittelten Desertöre, die auf Ohlsdorf bestattet sind. Zugleich verlas der Langenhorner Künstler Uwe Schmidt alle 68 Namen, und Frank Lünzmann brachte den Abschiedsbrief des Desertörs Robert Gauweiler zu Gehör, eines Hannoveraner Kommunisten, der ebenfalls auf Ohlsdorf seine letzte Ruhe gefunden hat.

Ludwig Baumann (Jahrgang 1921), Vorsitzender des Bundesverbandes der Opfer der NS-Militärjustiz, sprach über den langen Weg zur Rehabilitierung der Desertöre durch den Bundestag.

Ab 18 Uhr lud die Willi-Bredel-Gesellschaft auf der Terrasse des „Grünen Saals" zur Zeitzeugenveranstaltung „Desertöre und Kriegsverräter" mit Elke Olsson und Ludwig Baumann ein. Diskutiert wurden vor allem die politischen Hintergründe der späten Rehabilitierung der „Fahnenflüchtigen", die Möglichkeiten einer finanziellen Entschädigung in Einzelfällen und die Idee eines Desertör-Denkmals für Hamburg.

www.Feindbeguenstigung.de ■

PS: . Die Friedhofsverwaltung war gebeten worden, das Transparent auf Grund der Medienresonanz einige Tage länger hängen zu lassen; doch sie sah sich ermächtigt, dieses ohne Vorankündigung und Rückkoppelung am 22. Juni selbstherrlich abzuhängen und einzukassieren. Dieser mehr als fragwürdige Akt wurde der Geschichtswerkstatt dann auch noch in Höhe von 223,72 Euro in Rechnung gestellt.

Die Linksfraktion hat inzwischen zum „Gedenken an Deserteure im Zweiten Weltkrieg" eine Senatsanfrage gestellt. (Red.)

Heinz Buschkowky, die SPD und der Rassismus

Nicht nur das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin fiel in der Vergangenheit durch seine rassistische Weltsicht auf. Mit seinen rassistischen Äußerungen zur Migrations- und Integrationspolitik sorgte auch der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), für mediales Aufsehen. Nun bekam er für sein „Engagement für die Integration von Einwanderern und für bessere Schul- und Ausbildungsbedingungen" am 19.4.2010 in Berlin den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen.

Heinz Buschkowsky wirft Politikern und anderen gesellschaftlichen Verantwortungsträgern in schöner Regelmäßigkeit vor, „die Augen vor der gesellschaftlichen Realität zu verschließen". Pauschalierend kam er zu dem Schluss, „dass – nicht nur in Berlin – mit den Arbeitsmigranten eine neue Unterschicht eingewandert ist".[1] Seine Kommentare zu den Themenkomplexen „Zwangsheirat", „Ehrenmorde" und „Ausländerkriminalität" enthalten undifferenzierte Aussagen, die stets mit einem rassistischen Unterton einhergehen.

Buschkowsky verfolgt schon seit Jahrzehnten die Selbstinszenierung als gesellschaftlicher Aufsteiger aus proletarischer Familie. Der ihm und seinen politischen Aussagen zugeneigte Berliner Tagesspiegel schrieb:[2] „Buschkowsky ist ein Sozialdemokrat vom alten Schlag, wie man ihn nur noch selten findet." Zu seiner Biographie bemerkt das Blatt:[3] „Der 59-Jährige ist leidenschaftlich Neuköllner. Hier wurde er geboren, hier ist er aufgewachsen, hier wohnt er auch heute. Er stammt aus einfachen Verhältnissen, die Mutter, aus Schlesien nach Berlin eingewandert, arbeitete als Sekretärin, der Vater als Schlosser, die Buschkowskys wohnten ‚vier Personen in Stube und Küche', umgeben von Feldern, dort wo heute die Gropiusstadt steht."

Buschkowsky, der eine Ausbildung zum Verwaltungswirt erfolgreich absolvierte, trat 1973 in die Berliner SPD ein und arbeitete seitdem in mehreren Senatsbehörden. 1985 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Neukölln gewählt. Schon damals war er Mitglied des „Britzer Kreises", einer mächtigen Fraktion auf dem rechten Flügel der Sozialdemokaten. Am 1. Dezember 2001 wurde er Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln und Leiter der Abteilung Finanzen, Wirtschaft und Sport.[4]

Der sich selbst als „robust und bodenständig" beschreibende Buschkowsky charakterisierte sein Amtverständnis folgendermaßen:[5] „Als Bezirksbürgermeister habe ich die Aufgabe, den Landes- und Bundespolitikern ‚in ihrem Elfenbeintürmen' Rückmeldung zu geben, wie es an der Basis aussieht und wie sich Gesetze konkret auswirkten. Manchmal müsse man dabei halt auch etwas übertreiben, damit sich überhaupt was ändert, das gehöre zum Geschäft dazu."

Buschkowsky bezeichnete Neukölln „mit 302 000 Einwohnern aus 162 Nationen, in dem jeder Zweite von weniger als 700 Euro im Monat lebt", als der „problembeladenste in ganz Deutschland". Nicht nur deshalb hat Neukölln ein überwiegend negatives Außenimage und wird immer wieder als inzwischen prominentes Beispiel für ein ganzes Bündel sozialer Problemsituationen genannt. Anlässlich der Riots in Frankreich 2005 befürchtete er bald ähnliche Auseinandersetzungen in Stadtbezirken mit vornehmlich migrantischer Bevölkerung in deutschen Großstädten, da dort die Jugendarbeitslosigkeit wie in Pariser Vorstädten überdurchschnittlich hoch ist. Nach einer „Informationsreise" zu den „sozialen Brennpunkten" der Großstädte London und Rotterdam im Sommer 2008 plädierte er für eine Mischung von Prävention und Repression gegenüber „Störerfamilien". Er empfahl, „erfolgreich angewandte Maßnahmen" der Stadtverwaltung von Rotterdam auch in Berlin einzuführen.[6] Buschkowsky kritisiert zudem die Zunahme fremdsprachiger Werbeplakate im öffentlichen Raum, da diese angeblich die „Integration behinderten".[7]

Aufgrund der Zunahme von Gewalttätigkeiten, die von Außenstehenden an Schülern innerhalb der Neuköllner Schulen verübt worden waren, reagierte Buschkowsky im Herbst 2007 mit der Einstellung von privaten Wachleuten. Während dieses Vorgehen Vorbehalte in seiner Partei auslöste, unterstützten 18 von 24 Oberschulen im Bezirk Neukölln sowie Bezirksamt und Bezirkselternausschuss seinen Plan.[8] Ausgerechtet Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD), der selbst für repressive Maßnahmen bekannt ist, kritisierte die Initiative grundsätzlich: Disziplin sei an Schulen „nicht durch paramilitärische Einheiten, sondern nur durch Pädagogik herzustellen."[9] Ab Mitte Oktober 2007 wurden die Wachschützer an bislang 21 der 70 staatlichen Schulen im Bezirk eingesetzt.[10] In der Schulpolitik setzte Buschkowsky auf Law-and-Order-Methoden. Das wichtigste Kriterium sei die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs der Kinder, die Zeugnisausgabe sei nur an die Eltern sozial auffälliger Kinder vorzunehmen, was ein Gespräch mit ihnen erzwinge.[11] Mit populistischen Sprüchen wie „Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt das Kindergeld nicht auf das Konto" versuchte er, mit repressiven Maßnahmen den Schulbesuch von „Problemkindern" durchzusetzen. Präventive oder sozialpädagogische Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme wurden von Buschkowsky nicht in Erwägung gezogen. Die eher auf dem rechten Flügel beheimateten „JungSozis" (Gesprächskreis Junge Sozialdemokratie Berlin) schlossen sich den schulpolitischen Forderungen Buschkowskys an.[12]

In einem Interview mit der rechten Zeitung Junge Freiheit (JF) gab Buschkowsky ein Interview, wo er seine rassistischen Thesen frei ausbreiten konnte. Die Ausführungen des SPD-Politikers basierten auf einem Dualismus zwischen weißen Deutschen (autochthoner Bevölkerungsanteil) und nichtdeutschen Migranten (allochthoner Bevölkerungsanteil), der das Gleichheitsgebot im Grundgesetz negiert. Buschkowsky sprach sich gegen den real existierenden Multikulturalismus in der BRD aus:[13] „Der sogenannten ‚multikulturellen Gesellschaft' haben wir es vor allem zu verdanken, daß in unseren Städten Gebiete der sozialen und ethnischen Segregation entstanden sind. Über das Konzept der multikulturellen Gesellschaft wurde bei uns nie mit den Betroffenen diskutiert oder demokratisch abgestimmt – also haben die Leute mit dem Möbelwagen abgestimmt."

Buschkowsky ging von einer „gescheiterten Integrationspolitik der letzten 25 Jahre" aus und zeterte gegen „Gutmenschen und sozialromantische Multikulti-Träumer", die für diese angeblichen Missstände verantwortlich seien.[14] Diese „Mafia der Gutmenschen, die über Parteigrenzen hinweg bestens funktioniert", versuche mit Hilfe der „political correctness" ihre politischen Positionen zu festigen und auszubauen. Der Begriff Political Correctess (PC) ist ein ursprünglich aus dem angelsächsischen Raum stammender pejorativ gebrauchter Kampfbegriff der politischen Rechten, mit dem Ziel progressive Vorstellungen der politischen Praxis zu unterdrücken und zu diffamieren.[15] Das zentrale Anliegen rechter Politik besteht darin, die „linksliberale Diskurshegemonie" zu brechen und den „gesunden Menschenverstand" als neue Basis für die politische Entscheidungsfindung zu legitimieren. Es geht es darum, „die Bemühungen von Liberalen, Linken, Feministinnen, Vertretern von Minderheiten und Befürwortern von Multikulturalismus um eine Öffnung der Gesellschaft, das Hinterfragen von überkommenen Tabus, Vorstellungen und Stereotypen zu karikieren und zu verfälschen. Heute dient PC dazu, Verachtung auszudrücken für diese Anschauungen und Zielsetzungen. Dabei werden etwa die Relativierung des Leistungsstandards, die angebliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung und die Gefahren selbstzerstörerischer Separation heraufbeschworen."[16]

In populistischer Manier verkündete Buschkowsky, „Multikulti ist gescheitert". Bei seinem Versuch der Begründung lie-

ferte er eine neue eigentümliche Version des Begriffs der multikulturellen Gesellschaft:[17] „Ich bin der Überzeugung, daß es eine multikulturelle Gesellschaft gar nicht geben kann, wenn man darunter versteht: Alle Menschen geben ihre kulturelle Identität auf und leben in einer neuen multikulturellen Schöpfung."

Dann kam Buschkowsky auf die angebliche „Überfremdung" des Stadtteils Neukölln zu sprechen:[18] „Viele alteingesessene Bürger fühlen sich einfach nicht mehr wohl. ... Gehen Sie doch einmal bei uns in Neukölln durch die Sonnenallee – dann wissen Sie, was ich meine! Menschen, die seit Generationen hier wohnen, können mittlerweile nicht einmal mehr die Schilder in den Auslagen der Geschäfte lesen, weil sie des Arabischen oder Türkischen nicht mächtig sind. Die Leute sagen sich: ‚Das ist Beirut oder Bagdad, aber nicht mehr meine Sonnenallee!' Sie ziehen fort." In seinen Ausführungen benutzt Buschkowsky immer wieder das Schlagwort der „Parallelgesellschaft" und warnte vor ihren „Gefahren". Ohne Berücksichtigung der gängigen Forschungsergebnisse definierte er den Begriff folgendermaßen:[19] „Eine Parallelgesellschaft in abgekapselter, von außen unzugänglicher Form mit eigenen Verhaltensnormen und Regeln, die nicht denen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, birgt die Gefahr des rechtsfreien Raums und des Entstehens von Lebenswelten jenseits unserer Verfassungsnorm." Diese „Parallelgesellschaften" würden „tickenden Zeitbomben" gleichen, die eine unberechenbare Gefahr darstellten:[20] „Wer solche Signale noch länger ignoriert, der wird einmal ein ebenso böses Erwachen erleben wie 1989 das SED-Politbüro." Um dieses selbst aufgebaute Schreckensszenario zu verhindern, sollen die „Parallelgesellschaften" in nicht weiter ausgeführter Weise „ausgetrocknet" werden und die Menschen, die in dieser „Parallelgesellschaft" leben, „wieder in die Gemeinschaft aller ‚hereingeholt' werden." Dazu müssten vor allem die Schulen „wieder Orte der Integration werden statt Ursache der Vertreibung". Diese „Vertreibung" besteht darin, dass „die Leute (wahrscheinlich sind damit weiße Deutsche gemeint, M.L.) spätestens dann wegziehen, wenn ihre Kinder in eine Schule gehen sollen, die über sechzig Prozent und mehr Ausländeranteil verfügt."

Die Diskurse um den Begriff der „Parallelgesellschaft" sind von dem Merkmal bestimmt, dass er Charakteristika von modernen Denkweisen im Sinne von Feindbildern, Vereinfachungen, Verzerrungen und pauschalisierenden Aussagen aufweist.[21] Das Wort „Parallelgesellschaft" wurde Anfang der 1990er Jahre von dem Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer in die Debatte um Migration und Integration eingeführt, wobei der Begriff erst Ende des Jahres 2004 fast inflationär verwendet wurde.[22] Nach der Ermordung des antiislamistischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 wurde in der folgenden öffentlichen Kontroverse zunächst in den Niederlanden, dann in Westeuropa das Schlagwort „Parallelgesellschaft" in den Massenmedien eingeführt. Dadurch wurden vor allem muslimische Migranten verstärkt als „ethnisch Fremde" identifiziert, die deshalb nicht der Mehrheitsgesellschaft angehörten. Diese Konstruktion wurde oft mit der Auffassung kombiniert, dass die multikulturelle Gesellschaft gescheitert sei und die drohende Spaltung der Gesellschaft politisches Handeln erfordere.[23] Der Migrationsforscher Klaus J. Bade bemerkte im November 2004, dass der Begriff „Parallelgesellschaft" Merkmale von Populismus aufwies:[24] „Parallelgesellschaften im klassischen Sinne gibt es in Deutschland gar nicht. Dafür müssten mehrere Punkte zusammenkommen: eine monokulturelle Identität, ein freiwilliger und bewusster sozialer Rückzug auch in Siedlung und Lebensalltag, eine weitgehende wirtschaftliche Abgrenzung, eine Doppelung der Institutionen des Staates. Bei uns sind die Einwandererviertel meist ethnisch gemischt, der Rückzug ist sozial bedingt, eine Doppelung von Institutionen fehlt. Die Parallelgesellschaften gibt es in den Köpfen derer, die Angst davor haben... Wenn das ebenso simple wie gefährliche Gerede über Parallelgesellschaften so weitergeht, wird sich die Situation verschärfen. Dieses Gerede ist also nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems."

Als das Interview in der JF einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, forderten Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und sogar einige Christdemokraten den Rücktritt des Bezirksbürgermeisters, der mit einer halbherzigen öffentlichen Entschuldigung die Wogen wenigstens kurzfristig glätten konnte. Aussagen wie „Die Gutmenschen warten, denen werde ich zum Fraß vorgeworfen" spiegeln seine fehlende Selbstreflektion wider.[25]

Um den „problembeladenen" Stadtteil Neukölln „aufzuwerten" und dadurch ein neues gut verdienendes, bürgerliches Klientel in den Kiez zu locken, wurde unter Buschkowsky eine „Task Force" gegründet. In der offiziellen Verlautbarung hieß es:[26] „Das strategische Ziel des Projekts besteht darin, das nachbarschaftliche Miteinander in einem ausgewiesenen Problembereich neu zu organisieren und allen Bewohnern ein Leben in einem sicheren und sauberen Wohnumfeld zu ermöglichen." Gegen „Trinkergruppen, Romafamilien, psychisch Erkrankte" wurden restriktive Polizeimaßnahmen gefordert.[27] Mit dem Hinweis auf die Wahrung der „öffentliche Sicherheit" sollte zum Beispiel „Trinkergruppen deutlich gemacht werden, dass sie keinen Alleinanspruch auf die Grünanlage haben." Unter dem Vorwand der „Klärung der Wohnsituation" wurden unzulässige Haus- und Wohnungsbegehungen durch Behörden ermöglicht. Randständige Gruppen, die statt der Kriminalisierung staatliche und gesellschaftliche Hilfe benötigen, sollen mit Hilfe von Law-and-Order-Methoden aus der Öffentlichkeit verschwinden, um eine „Neuausrichtung" des Stadtteils zu ermöglichen.

Am 19.4.2010 wurde Heinz Buschkowsky der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis in Berlin verliehen. Der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis soll „eine Auszeichnung für Personen, Gruppen oder Organisationen" darstellen, „die sich um Freiheit und Gerechtigkeit in eigenverantwortlicher Haltung verdient gemacht haben."[28] Der Preis, der „in zeitlicher Nähe zum 23.Mai" (Tag der Verkündigung des Grundgesetzes) verliehen wird, wurde 1977 im Gedenken an den früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann von der SPD gestiftet. Er soll laut Stiftungskuratorium, das vom SPD-Parteivorstand eingesetzt wird, „für alle Ermutigung sein, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen." Laut SPD-Verlautbarung soll damit Buschkowskys „Engagement für die Integration von Einwanderern und für bessere Schul- und Ausbildungsbedingungen."[29] gewürdigt werden. Weiterhin hieß es:[30] „Heinz Buschkowsky ist ein Politiker aus Leidenschaft. Als Bezirksbürgermeister von Neukölln, dem Berliner Bezirk mit dem höchsten Anteil von Einwohnern nichtdeutscher Herkunft, macht er seit Jahren Druck für bessere Integrationsbedingungen und entwickelt dafür gezielte Projekte und Maßnahmen, die oft auch weit über Berlin hinaus Beachtung und Anerkennung finden." Die „Laudatio" auf den Neuköllner Bezirksbürgermeister hielt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel höchstpersönlich.

In schöner Regelmäßigkeit sind führende SPD-Vertreter bei bürgerlichen Veranstaltungen gegen Demonstrationen der neonazistischen NPD und der rechten „Bürgerbewegung Pro NRW" zu sehen. Gleichzeitig aber werden Personen wie Heinz Buschkowsky und auch Thilo Sarrazin nicht aus der Partei entfernt und wie hier am Beispiel von Buschkowsky zu sehen ist, sogar noch in aller Öffentlichkeit geehrt. Die Sozialdemokratie leidet schon seit einigen Jahren unter einem Verlust der Glaubwürdigkeit; die Ehrung Buschkowskys wird dieses Bild bestimmt nicht zum Positiven verändern.

Michael Lausberg ■

→

Die Schweine von heute sind die Wurst von morgen...

Nach der „Schweinefleischsuppe" als Mittel zum Zweck diskriminierender „Bedürftigenhilfe": Aktivisten der extremen Rechten und rassistische Ex-Linke suchen und finden im „Aperitif, Marke Schwein & Wein" einen neuen Ausdruck der Verteidigung ihrer „kulturellen Identität". Aber bitte ohne Juden und – in dem Falle vor allem – ohne Moslems.

Das arme Schwein kann wirklich nichts dafür! Seit mehreren Monaten führt der ‚Bloc identitaire', eine außerparlamentarische neofaschistische Aktivistengruppe, das Borstenvieh als sein Wahrzeichen mit sich herum. In den letzten Wochen machte diese Vereinigung nun stark von sich reden. Seit ihrer „Widerstandskundgebung" am 18. Juni an der Pariser Place de l'Etoile, an der zwischen 500 und 800 Personen teilnahmen[1] und zu der insgesamt 23 verschiedenen Strukturen und Webseiten aufgerufen hatten, hat die rechtsextreme Gruppierung – die 2.000 Mitglieder zu haben beansprucht – den Sprung ins Licht der Öffentlichkeit geschafft.

Seit etwa einem Jahr kam eine Form von Partys unter freiem Himmel in Mode, die per Verabredung in Facebook-Gruppen organisiert werden und bei denen reichlich Alkohol fließt. Den Rekord hielt im vergangenen Jahr zunächst noch Marseille mit 2.200 Teilnehmern. Danach holten jedoch die westfranzösischen Städte Rennes und Nantes auf, und im November 09 brach Nantes den vorherigen Rekord mit über 3.000 Teilnehmern trotz Kälte und Regen. Diese Trinkgelage auf öffentlichen Plätzen wurden schnell unter dem Namen „Apéro Facebook" – die Kurzform von „Apéritif" – allgemein bekannt. In jüngster Zeit sind diese Sauforgien jedoch heftig umstritten: Am 12. Mai dieses Jahres fiel ein junger Mann, ebenfalls in Nantes, sturzbetrunken von einer Brücke und starb. Am selben Abend waren auch fünf Verletzte zu verzeichnen. Ein Nachahmungsversuch in Paris unter dem Eifelturm wurde daraufhin durch die Polizeipräfektur verboten.

Schwein & Wein

Aus anderen Gründen umstritten war jedoch die Verabredung, die sich eine Reihe von Einzelpersonen und Organisationen für den 18. Juni in einem Pariser Armenviertel mit hohem Einwandererranteil gegeben hatten. „Apéro Wurst und Wein" hieß der programmatische Titel, und der Stadtteil Goutte d'Or im 18. Pariser Arrondissement war das Ziel. In diesem Wohnviertel besteht ein hoher Anteil an maghrebinischen und afrikanischen Einwanderern, darunter auch „illegale" Neuankömmlinge, die am Boulevard Barbès geschmuggelte Zigaretten feilbieten. Bekannt wurde das Viertel auch durch Pressebilder, auf denen man Moslems unter freiem Himmel beten sieht. Dies passiert manchmal an Freitag Nachmittagen, allerdings nicht, weil die Gläubigen unbedingt die Straße zu beherrschen versuchen, sondern weil die Moschee aufgrund der starken Konzentration von Einwanderern auf engem Raum oftmals zu klein ist.

In den Augen von französischen Rechtsextremen handelt es sich um einen Stadtteil, in dem „islamistische Milizen wie in Teheran" patrouillieren, wie etwa auf der den Identitaires nahe stehenden Webseite Rebelles.Info zu lesen war – eine Internetpublikation, in der mitunter offen von der „Vorbereitung auf den Bürgerkrieg", den man sich als Rassenkrieg vorstellt, die Rede ist. Mit der Wirklichkeit hat diese Vorstellung nichts zu tun. An der Ecke zwischen dem Boulevard Barbès und der rue de Myrha, im Zentrum des Stadtteils, gibt es ein Säufereck. Auch Drogenabhängige hängen dort oft ab. Afrikanerinnen tragen in dem Stadtteil oft extrem kurze Röcke. All dies wäre unter dem Blick islamistischer Milizen in Teheran unvorstellbar.

Sich in Heldenpose schwingend, als nähmen sie mit ihrem Vorhaben beinahe Lebensgefahr auf sich, riefen Einzelpersonen und dann auch Gruppen für den 18. Juni 10 zu dem öffentlichen Fress- und Saufgelage in der Goutte d'Or auf. Dieses war als bewusste Provokation angelegt und sollte vor einer Moschee in der rue Myrha stattfinden. Der Bloc identitaire versteckte sich dabei zunächst hinter einer unbekannten Strohfrau unter dem Namen Sylvie François; doch bei der polizeilichen Anmeldung der geplanten Veranstaltung tauchte diese dann gar nicht auf, stattdessen kamen jedoch drei Führungskader des Bloc identitaire.

Rassistische Ex-Linke: ‚Riposte Laïque'

Neben der Identitaires rief die Internetpublikation Riposte Laïque (ungefähr „Die Gegenwehr der Laizisten") dazu auf. Dieses Webmagazin wird von früheren Linken betrieben, die in geradezu besessener Weise auf monothematische Weise von „der Bedrohung der Republik durch den Islam" schwadronieren. Und dabei zu äußerst seltsamen Bündnissen neigen. Pierre Cassen, einer der hauptsächlichen Macher von Riposte Laïque, war früher ein Anhänger einer Partei, die mehrfach den Namen wechselte und sich heute „Unabhängige Arbeiterpartei" (POI) nennt. Diese Strömung, auch als „Lambertisten" bekannt, ist eine extrem autoritäre und sektiererische Spielart des französischen Trotzkismus, die unter anderem für ihre bizarren Allianzen – oft im Namen des Laizismus – bekannt ist.

Cassen, der selbst mit der Linken gebrochen hat, betonte jüngst in einem Interview mit dem linkspatriotischen Wochenmagazin ‚Marianne'[2], in seinen Augen verteidige heute nur die extreme Rechte den Laizismus, den er sich vorstelle. Als einzige Politikerin, die seinen Vorstellungen nahe komme, wusste er in dem Pressegespräch Marine Le Pen zu nennen, die seit dem 1. Juli 10 nunmehr offizielle Kandidatin für die Nachfolge ihres prominenten Vaters auf dem kommenden Parteitag im Januar 2011, neben Bruno Gollnisch. Während Gollnisch die rechtsextremen Traditionalisten und katholischen Fundamentalisten hinter sich weiß und auch Antisemiten unter seinen Unterstützern meist nicht desavouiert, hat Marine Le Pen jedenfalls in der Öffentlichkeit ein anderes Profil. Sie integriert sowohl den Anspruch, „laizistisch" zu sein, als auch ein eher philosemitisches Auftreten in ihr Modernisierungsprojekt für die extreme Rechte.

Aufgrund ihres Profils als „ideologische Modernisierin" findet Marine Le Pen auch den Beifall sowohl des ‚Bloc identitaire' als auch der Ex-Linken von ‚Riposte Laï-

Anmerkungen (Buschkowski)

1 www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-ist-heinz-buschkowsky/1278136.html
2 Der Tagesspiegel vom 13. Juli 2008
3 www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-ist-heinz-buschkowsky/1278136.html
4 Berliner Zeitung vom 29. März 2005
5 www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-ist-heinz-buschkowsky/1278136.html
6 Berliner Morgenpost vom 10. Juni 2008
7 Berliner Zeitung vom 28. November 2008
8 Die Welt vom 31. Oktober 2009
9 taz vom 24.10.2007
10 Der Tagesspiegel vom 30. Juni 2007
11 Die Welt vom 4. Juli 2008
12 Der Tagesspiegel vom 7. Juli 2008
13 www.jf-archiv.de/archiv05/200511031108.htm
14 Ebd.
15 Vgl. dazu Haug, W.F.: Politisch richtig oder Richtig politisch, Hamburg 1999; Manske, A.: Political Correctness und Normalität. Die amerikanische PC-Kontroverse im kulturgeschichtlichen Kontext, Heidelberg 2002; Wierlemann, S.: Political Correctness in den USA und in Deutschland, Berlin 2002; Hall, S.: Some 'Politically Incorrect' Pathways Through PC. In: S. Dunant, S. (Hrsg..): The War of the Words: The Political Correctness Debate. London 1994, S. 164–184
16 www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Kampfbegriff.htm
17 www.jf-archiv.de/archiv05/200511031108.htm
18, 19, 20 Ebd.
21 Vgl. dazu Nghi Ha, K./Lauré al-Samarai, N./Mysorekar, S. (Hrsg.): Re-, Visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland, Münster 2007; Köster, W.(Hrsg.): Parallelgesellschaften: Diskursanalysen zur Dramatisierung von Migration, Essen 2007
22 www.zeit.de/1996/35/heitmey.txt.19960823.xml.
23 Nowak, J: Leitkultur und Parallelgesellschaft. Argumente wider einen deutschen Mythos, Frankfurt/M.. 2006, S: 25
24 www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,druck-329285,00.html
25 www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518 329702,00.de/html
26 Zitiert aus Tember, B.: Stadtteilpolitik und multikulturelle Gesellschaft, Hamburg 2009, S. 23f
27 Ebd.
28 www.buergergesellschaft.de/10/s/Einzel/fi/8/
29 www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/04/Buergerpreis-an-Heinz-Buschkowsky.html
30 Ebd.

que‘. Mindestens eine – gelegentliche – Autorin in der Internetpublikation der Initiative ‚Riposte Laïque‘, Catherine Ségurane, die angeblich ebenfalls von der Linken kommt oder es jedenfalls vorgibt, ist Parteimitglied des Front National[3]. Der Bloc identitaire selbst hat in den letzten Jahren einen ideologischen Modernisierungsprozess durchlaufen: Er ging im Jahr 2003 aus der Erbmasse der im August 2002, infolge eines Amoklaufs ihres Anhängers Maxime Brunerie – der am 14. Juli desselben Jahres auf Präsident Jacques Chirac Gewehrschüsse abgab – verbotenen Vereinigung Unité Radicale hervor[4].

Unité Radicale war eindeutig antisemitisch ausgerichtet und hatte versucht, jene Teile der extremen Rechten anzusprechen, denen der Front National zu schlapp und zu legalistisch erschien. Zu ihren Anhängern zählten Neonazis, Nationalrevolutionäre und die Freunde des leicht exzentrischen Nationalbolschewisten Christian Bouchet. Doch in der allerjüngsten Periode hat der Bloc erhebliche Bemühungen um ideologische Modernisierung unternommen. Er verurteilt jeden Antisemitismus, gibt sich eher pro-israelisch und beansprucht immer wieder für sich: „Wir sind nicht Rechtsextreme, wir sind rechtspopulistisch oder schlicht Populisten.“ Er reklamiert nun auch Begriffe wie „Republik“ und „Laizismus“ für sich, die aus Sicht der klassischen extremen Rechten eher rote Tücher darstellen. Allerdings immer mit dem Zusatz, die Grundlage jeglicher Politik müsse „ethno-kulturell“ sein, und der Laizismus dürfe nicht als Kampfansage gegen das Christentum aufgefasst werden. Vielmehr, so führte Bloc-Chef Fabrice Robert kürzlich in einer Programmrede zu dem Apéro-Projekt (die unter dem Titel ‚Hin zu neuen Widerstandsformen‘ am 24. Juni 10 auch bei der neofaschistischen, den ‚Identitaires‘ nahe stehenden „Nachrichtenagentur“ NOVOPRESS als Artikel erschien) aus, hätten Christentum und Laizismus in Gestalt des Islam einen gemeinsamen Feind. Den Begriff der Republik wiederum machte er seinen Anhänger schmackhaft, indem er ihnen erklärte, dieser beziehe sich ja nicht notwendig auf die – bei französischen Rechtsextreme verhasste – Chiffre „1789“, sondern auf das antike Rom und Griechenland, also auf „die Wurzeln der ureuropäischen Zivilisation“.

Der Bloc und die ihm nahe stehenden Publikationen – wie die Webpublikation Rebelles.info, die auch Kontakte zum rechten Flügel der Konservativen unterhält - unterhalten zum Front National ein eher komplexes Verhältnis. Denn die Positionen dessen nationalrevolutionären Minderheitsflügels, die als eher „anti-westlich“ aufgefasst werden, und die Kontakte mancher Führungsmitglieder des FN zum iranischen Regime rufen bei diesen innerrechten Konkurrenten blanken Hass und Ablehnung hervor. Jean-Marie Le Pen, der letztere Kontakte wohlwollend gewähren lässt, wurde in den letzten Jahren zeitweise offen als Verräter an der nationalen Sache hingestellt. Die Aktivisten des Blocs favorisieren ihm gegenüber eher „konsequente“ Kräfte bei den Konservativen, und setzen dem französischen FN das „Modell“ der italienischen Lega Nord und des belgischen Vlaams Belang positiv gegenüber. Denn diese konzentrierten sich weitgehend auf die Islamfeindlichkeit und schlügen sich nicht mit „verlorenen Schlachten“ etwa um die Rehabilitierung des Antisemitismus herum.

Allerdings verbinden diese Kräfte innerhalb der französischen extremen Rechten mit dem sich abzeichnenden Personalwechsel an der Spitze, sollte er – wie vielfach erwartet – zugunsten von Marine Le Pen ausgehen, echte Hoffnungen auf einen Kurswechsel in ihrem Sinne. Marine Le Pen hat Bloc-Chef Fabrice Robert im Jahr 2009 zwei mal getroffen. Ihre Strategie läuft darauf hinaus, führende Kader von außerparlamentarischen rechtsextremen Kräften wie dem Bloc für die Partei zu rekrutieren. Allerdings hat sie parallel dazu, in ihrem Bemühen, Unterstützung für sich vor dem heranrückenden Parteitag zu organisieren, auch dem pro-iranischen Nationalbolschewisten Christian Bouchet etwa Publikationsmöglichkeiten in FN-Publikationen zugeschanzt.

Dass der „Apéro in der Goutte d’Or“ am 15. Juni – drei Tage vor dem geplanten Termin – behördlich verboten wurde, kam Marine Le Pen entgegen. Und es diente dem FN, der bis dahin außerhalb des Projekts geblieben war, als Steilvorlage, um sich nun zumindest in die ideologische Kampagne rund um das Vorhaben einzuklinken. Noch am 15. Juni 10 prangerte Marine Le Pen in einer Presseaussendung „die Kapitulation des Staates“ an. Auf einer ihr nahe stehenden Homepage (‚Nations Presse Info‘) war am selben Tag die Rede davon, „unter dem Druck des Kommunitarismus“ gleite Frankreich „in den Totalitarismus ab“. Wie andere Meinungsmacher auch, versuchte die FN-Prominenz das Verbot des als offene Provokation angelegten Trinkgelages als „Unterdrückung der Meinungs-“ respektive Ess- und Trinkfreiheit darzustellen. So verstanden es auch viele Blogkommentatoren im Internet. Oder jener Mann, der am frühen Abend des 15. Juni in einer Pariser Métro laute Selbstgespräche führt: „Hick… Sie haben den Apéro verboten! Nicht einmal mehr trinken – hick – darf man jetzt mehr… Rülps!“

„Widerstandskundgebung“ am Sternplatz in Paris

Letztendlich fand die „Widerstandskundgebung“ doch noch statt, und zwar ohne Anmeldung – und ohne Schweinefleisch und Alkohol – an der Place de l’Etoile, in unmittelbarer Nähe des Pariser Triumphbogens. Dort hatten die Veranstalter sie nun unter das Motto „des Gedenkens an den Jahrestag des Aufrufs Charles de Gaulle vom 18. Juni 1940“ gestellt. In jenem Aufruf, der am selben Tag in Frankreich in allen Zeitungen breit behandelt wurde, hatte de Gaulle zum Widerstand gegen Nazideutschland, die Besetzung und die Kollaborateure in Vichy aufgerufen. Daran anknüpfen möchte nun auch Fabrice Robert von den Identitaires, der seinen Anhängern erklärte, dies sei eine gute Gelegenheit, um demonstrativ mit der „antiquierten“ extremen Rechten zu brechen: „Unser Modell kann nicht in der Kollaboration liegen, sondern bei denen, die Widerstand gegen die Besatzung unseres Bodens leisteten!“ Die Besatzer seien heute allerdings mit „einer Halbmondfahne“ unterwegs, ihre Kollaborateure seien die politische Elite und die Linken.

Unter den paar hundert Menschen, die kamen, fanden sich Anhänger der Identitaires, von Riposte Laïque, aber auch von stramm rechten pro-israelischen Webpublikationen wie Alexandre Gitakos. Gekommen waren auch die ‚nationalistes autonomes‘, die in jüngster Zeit in Frankreich – in Anlehnung an die deutschen „autonomen Nationalisten“ im Entstehen begriffen sind. Fußballhooligans vom „Kop Boulogne“ des Pariser Clubs PSG und Anhänger der monarchistischen Action française rundeten das Bild ab. Zu einer handfesten Schlägerei kam es am Rande der Veranstaltung zwischen Bruno Larebière vom Bloc identitaire und dem langjährigen Kader der rechtsextremen studentischen Schlägertruppe GUD, Frédéric Chatillon, der heute eine Sicherheitsfirma betreibt. Chatillon hatte im August 2006 eine Reise des französischen schwarzen Antisemiten Dieudonné, zusammen mit einem rechtsextremen Journalisten und dem Verschwörungstheoretiker Thierry Meyssan, in den Libanon organisiert. Larebière hatte ziemlich abträglich darüber geschrieben und bekam dafür an jenem 18. Juni, buchstäblich, aufs Ohr. Infolge der Schläge hat Bruno Larebière angekündigt, Strafanzeige zu erstatten, falls bleibende Schäden zu verzeichnen seien.

Inzwischen haben die ursprünglichen „Apéro“-Pläne im Stadtteil Goutte d’Or, trotz des erfolgten Verbots, in halb Frankreich Nachahmer gefunden. In Lyon, wo die Identitaires über eine sehr aktive Jugendgruppe verfügen, wurde wenige Tage später eine ganz ähnliche Veranstaltung angemeldet. Auch sie wurde jedoch durch die Präfektur untersagt. Es kam zu einer Reihe von Nachahmungsversuchen, die jedoch ihrerseits i.d.R. verboten wurden.

Der Front National übernimmt die Initiative

Den bislang letzten Anlauf hat nun der Front National in die Hand genommen. Dessen Jugendvereinigung, der FNJ, rief für den Donnerstag dieser Woche (8. Juli) zu einem „Apéro“ mit Schweinefleisch

→

Zwei Aktivisten des FN wegen Körperverletzung vor Gericht

Bruno Gollnisch, Vizepräsident der Partei, unterstützt sie im Prozess. Urteil fällt am 10. August

Am 29.6.2010 fand in Villefranche-sur-Saône (im Département Rhône, dem Bezirk von und um Lyon) der Prozess gegen zwei Aktivisten des Front National statt. Den beiden Plakatklebern der rechtsextremen Partei wird „Körperverletzung“ und „bewaffnete Zusammenrottung“ vorgeworfen, weil sie am 11. April 2007 in Thizy (im selben Département) zwei Jugendliche – migrantischer Herkunft – anlässlich eines Streits zusammenschlugen und verletzten. An jenem 11. April 2007 befand Frankreich sich im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen von Ende April und Anfang Mai, sowie für die Parlamentswahl im Juni desselben Jahres. Am fraglichen Tag befanden mehrere FN-Anhänger sich an Bord zweier mit französischen Nationalfahnen bestückter Fahrzeuge, um den Wahlkampf des rechtsextremen Parlamentskandidaten Geoffroy Daquin zu unterstützen. In Thizy trafen die beiden Autos auf einen Jugendlichen, Amaël, der die Straßenfahrbahn auf einem Zebrastreifen überquerte. Wie er selbst anlässlich des Prozesses einräumte, ging er „mit provozierender Langsamkeit“ vor den Fahrzeugen, die ihrerseits ohne anzuhalten auf den Zebrastreifen zurollten, über die Straße. Der Fahrer des ersten Autos versuchte den jungen Mann dadurch zu beeindrucken, dass er den Motor aufheulen ließ, während Amaël sich schützend mit den Händen auf die Motorhaube abstützte. Amaël wurde durch das Auto mehrere Meter weit geschoben und schlug daraufhin dessen vordere linke Scheibe ein. (Weshalb er selbst jetzt wegen Sachbeschädigung angeklagt wurde.) Dies wurde zum Anlass dafür, dass die Anhänger der rechtsextremen Partei ausstiegen und ihn sowie einen weiteren jungen Mann „mit Migrationshintergrund“, der zu dem Zeitpunkt anwesend war, Raschid, zusammenschlugen. Dabei setzten sie einen Stock (der normalerweise zum Umrühren von Kleister dient, wie sie vor Gericht ausführten), eine Fahnenstange und mehrere innen hohle Eisenstangen oder –Röhren – die sonst zum Plakatebefestigen benutzt werden – ein. Amaël erhielt einen Tritt ins Gesicht, aufgrund dessen er einen Kieferbruch und 64 Tage Arbeitsunfähigkeit davontrug. Raschid, der sich einer der Nationalflaggen auf dem Auto bemächtigt hatte, wurde diese zu entreißen versucht. Dabei, aber auch bei anschließenden Prügeln mit der Fahnenstange, wurde er an der Stirn verletzt und holte sich eine bis heute deutlich sichtbare breite Narbe.

Aufgrund dieses Vorfalls wurden nun zwei der Plakatkleber des FN, „Bruno“ und „Renaud“, im Hauptberuf Busfahrer respektive Sozialarbeiter/Erzieher, vor Gericht gestellt. Einer von ihnen, circa fünfzigjährig, hatte zuvor sechs Jahre in der Fremdenlegion verbracht. Ihnen wurde bewaffnete Zusammenrottung, aufgrund des Einsatzes der mitgeführten Eisenstäbe und eines Stocks als Waffe, und Körperverletzung vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, auf Notwehr zu erkennen, wofür die Verteidigung plädiert hatte. Und forderte zwölf Monate Haft (davon die Hälfte auf Bewährung) im einen Falle, acht Monate Haft (davon die Hälfte zur Bewährung ausgesetzt) im anderen. Das Urteil wird für den 10. August dieses Jahres erwartet.

FN-Prominenz

Anlässlich des Prozesses tauchte auch der in Lyon ansässige Vizepräsident des FN, Bruno Gollnisch, auf. Gollnisch, der an jenem 11. April 2007 zu späterer Stunde ebenfalls nach Thizy kommen sollte, war nicht Augenzeuge der Schlägerei gewesen. Er wollte aber als Zeuge der Verteidigung zugunsten der beiden angeklagten Parteimitglieder auftreten. Sein Hauptargument (das er vor den anwesenden Journalisten abspulte) lautete: „Wie(so) hätten die Parteimitglieder sich daneben benehmen sollen/können, wo sie doch wussten, dass sie von einem Europaparlamentarier“ – also ihm selbst – „erwartet wurden?“ Der Vorsitzende Richter, Gérard Canolle, lehnte es jedoch ab, Gollnisch als Zeuge zuzulassen oder im Prozess anzuhören. Entschlossen forderte er ihn in der Verhandlung zum Schweigen auf.

Präzedenzfälle

Nicht zum ersten Mal sind Plakatkleber des FN in Gewalttaten verwickelt und nicht zum ersten Mal findet ein Prozess deswegen statt. Auch nicht zum ersten Mal tritt Prominenz der rechtsextremen Partei vor Gericht auf, um für gewalttätig gewordene Plakatkleber auszusagen. Im Juni 1998 z. B. trat der damalige Chefideologe und „Nummer Zwei“ des FN, Bruno Mégret, höchstpersönlich in einem Prozess in Aix-en-Provence auf. Damals ging es um Plakatkleber des FN, die im Februar 1995 in Marseille – im damaligen Präsidentschaftswahlkampf – den 17-jährigen Rapsänger Ibrahim Ali nächtens erschossen hatten. „In Notwehr“, wie sie behaupteten. Schon kurz nach der Tat hatte Mégret behauptet, die Plakatkleber seien „angegriffen“ worden, die Ursache dafür sei „die unkontrollierte Massenzuwanderung“; und „falls unsere Plakatkleber nicht bewaffnet (gewesen) wären, dann wären sie jetzt wahrscheinlich tot“. Das 17-jährige Opfer war nicht bewaffnet gewesen, sondern war spät abends zum letzten Bus gelaufen. Der Todesschütze, Robert Lagier, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt und starb später im Gefängnis. Mario d’Ambrosio, der selbst mehrere Schüsse abgefeuert hatte, erhielt 10 Jahre Haft und wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis durch das rechtsextrem geführte Rathaus von Vitrolles – dessen Bürgermeisterin damals Mégrets Ehefrau Catherine war – angestellt. Pierre Giglio, der die Plakatklebergruppe angeführt hatte, erhielt zwei Jahre Haft (davon eines auf Bewährung) wegen illegalen Waffenbesitzes. *bhs, Paris* ■

→ und Wein im westfranzösischen Nantes auf. Dazu hatten sich angeblich 500 Personen auf eine entsprechende Facebook-Seite eingetragen, und die FN-nahe und Marine Le Pen unterstützende Internetpublikation ‚Nations Presse Info‘ rief durch einen Artikel vom 27. Juni 10 dazu auf. Linke Vereinigungen und Parteien kündigten daraufhin Gegenveranstaltungen an. Am Vortag des fraglichen Tages wurde jedoch bekannt, dass die FN-Jugendorganisation die Veranstaltung wohlweislich abgesagt hatte, aus Sorge, sonst – wie die Präfektur angekündigt hatte – für alle Konsequenzen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Am Freitag, den 9. Juli wurde ferner bekannt, dass der Front National im südostfranzösischen Var an einem „Apéritif Schweinewurst & Wein“ teilnehme, der am kommenden Freitag (den 16. Juli) in der Bezirkshauptstadt Toulon stattfinden wird bzw. soll und den das ‚Comité Toulon Nation‘ organisiert. Dies verkündete der Bezirkssekretär der rechtsextremen Partei, Frédéric Boccaletti, in einem Pressekommuniqué vom 9. Juli 10. Gleichzeitig fordert der Front National, parallel dazu, ein für den 15. Juli geplantes Konzern mit der Sängerin Diam’s zu verbieten – einer prominenten Künstlerin, die aus Zypern stammt, seit einiger Zeit Moslem ist und die sich schon öfters in der Öffentlichkeit mit Marine Le Pen gefetzt hat.

Bernhard Schmid, Paris, ■

1 In ersten Reaktionen nach ihrer Versammlung auf der Pariser Place de l’Etoile, am Abend des 18. Juni dieses Jahres ab 19 Uhr, sprachen die Veranstalter selbst von «500 bis 600 Teilnehmern». Die Polizei sprach von circa «800 Teilnehmern». Daraufhin übernahmen die Veranstalter ihrerseits die Angabe, «über 800 Personen» hätten sich daran beteiligt.

2 Vgl. Vgl. http://www.marianne2.fr/Apero-geant-selon-Pierre-Cassen,-seule-l-extreme-droite-defend-aujourd-hui-la-laicite-Malheureusement_a194130.html

3 Vgl. http://www.arretsurimages.net/contenu.php?id=3013

4 Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2002/16/1chirac.shtml und http://www.antifaschistische-nachrichten.de/ 2002/16/ 1chirac2.shtml, zeitlich gefolgt von http://www.antifaschistische-nachrichten.de/ 2002/17/1frankreich.shtml sowie http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2002/ 20/1ersatz.shtml

25 Jahre Schengen: kein Grund zum Feiern

Europa feierte am Montag, den 14. Juni 2010, das Vierteljahrhundertjubiläum des sogenannten Schengener Abkommens. Das am 14. Juni 1985 in der luxemburgischen Stadt Schengen geschlossene Abkommen markiert nach offizieller Lesart den Beginn einer europäischen Erfolgsgeschichte, den Einstieg in ein Europa ohne Binnengrenzen.

Die hässliche Kehrseite: Die Freizügigkeit im Schengenland, das mittlerweile 25 europäische Staaten umfasst, wurde teuer erkauft. Über 15.000 Flüchtlinge und Migranten – mehr als 10.000 allein im Mittelmeer und Atlantik – starben in den letzten zwei Jahrzehnten an den hochgerüsteten europäischen Außengrenzen, in den Haftanstalten der Mitgliedstaaten und bei Abschiebungen.

1989, nur 4 Jahre nach Schengen, fielen in Europa die Mauern zwischen Ost und West. Das damit verbundene Freiheitsversprechen ist jedoch nicht eingelöst worden. Schengen war nicht die Geburtsstunde eines demokratischeren und offenen Europas, sondern der Startschuss zum Bau neuer Mauern. Motor dieser dramatischen Entwicklung war und ist Deutschland.

Europa hat in diesem Vierteljahrhundert immer noch kein gemeinsames Asylrecht geschaffen, das diesen Namen verdient. Bei der Flüchtlingsaufnahme agieren die EU-Mitgliedstaaten weiterhin als Konkurrenten in einem Wettlauf der nationalstaatlichen Schäbigkeiten. Die Politik der Nichtzuständigkeit für die Asylprüfung und die damit verbundene Verantwortungsverlagerung auf die EU-Außenstaaten war bereits integraler Bestandteil von Schengen. Damals wie heute zeigen sich die europäischen Staaten nur bei der Abwehr von Flüchtlingen geeint.

Schengen steht für die Einführung des Visumzwangs für inzwischen 135 Länder, darunter alle, aus denen Menschen fliehen. Das tausendfache Sterben vor den Toren Europas ist untrennbar mit der Visumspflicht, dem „schärfsten Schwert des Ausländerrechtes“ (O-Ton des früheren Bundesinnenministers Manfred Kanther), verbunden. Schutzsuchenden wird der rettende Fluchtweg auf europäisches Territorium und damit der Zugang zu einem Asylverfahren versperrt.

Schengen bedeutet die nahezu lückenlose High Tech-Überwachung an den europäischen Außengrenzen und den Export von Abschottungstechnologien in die Nachbarregionen, um Flüchtlinge bereits weit vor Europas Grenzen zu stoppen. Die neuen Wallanlagen werden in der Ukraine, in Libyen, Mauretanien, der Türkei und anderswo errichtet. Die europäischen Abwehrmaßnahmen finden heute bereits in internationalen Gewässern im Mittelmeer und im Atlantik statt. Tausende Bootsflüchtlinge wurden seit 2006 von EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit der europäischen Grenzagentur FRONTEX völkerrechtswidrig abgefangen und zurückverfrachtet in west- und nordafrikanische Transitstaaten.

Die europäischen Mauerbauer im Geiste von Schengen und die boomende Schlepperindustrie, die ihre Profite im Zuge der effizienten Abwehrmaßnahmen ins Unermessliche steigern konnten, mögen auf „25 Jahre Schengen“ die Sektkorken fliegen lassen. Für Flüchtlinge und Menschenrechtsorganisationen gibt es keinen Grund zu feiern.

Quelle: Pro Asyl ■

Suizid verdeutlicht Skandal der Abschiebungshaft

NIEDERSACHSEN. Wieder einmal hat ein Flüchtling keinen Ausweg gesehen und sich in Abschiebungshaft das Leben genommen. Die Hintergründe und Umstände dieses erneuten Todesfalls eines Flüchtlings verdeutlichen den alltäglichen Skandal der Abschiebungshaft in Deutschland. Slawik C. floh mit seiner Frau und seinem Sohn Samuel 1999 nach Deutschland. Während der heute 29-jährige Sohn mit einer Niederlassungserlaubnis in Deutschland lebt und nach erfolgreichem Abschluss seiner Ausbildung eine Festeinstellung antreten kann, sollte Vater Slawik C. – ohne seine Frau – am 7. Juli 2010 nach Armenien abgeschoben werden. Die Inhaftierung zwecks Abschiebung war aus mehreren Gründen skandalös: Die Inhaftierung hätte gar nicht erfolgen dürfen, da Slawik C. keinerlei Anlass für die Vermutung gegeben hat, dass er sich der Abschiebung entziehen wollte. Der herbeigeführte Haftbeschluss war insofern – wie im Übrigen auch in etwa einem Drittel aller übrigen Abschiebungshaftfälle – rechtswidrig. Es ist unerträglich, dass in Niedersachsen immer wieder Flüchtlinge ohne hinreichende Rechtsgrundlage inhaftiert werden, ohne dass das Innenministerium dagegen einschreitet.

Die Ausländerbehörde des Landkreises Harburg hat offenkundig falsche Identifikationsdaten von Interpol dazu benutzt, um sich bei der armenischen Botschaft ein Passersatzpapier für den aus der aserbaidschanischen Provinz Nachidjevan stammenden Mann zu beschaffen. Wissentlich hat die Ausländerbehörde insofern den Flüchtling unter falschen Voraussetzungen in das falsche Land abschieben wollen. Rechtswidrige Methoden bei der Beschaffung von Passpapieren für armenische Staatsbürger haben offenbar System. Für Slawik C.s Frau hatte die Ausländerbehörde keine Abschiebungspapiere. Dennoch bestand sie darauf, den Ehemann ohne seine Frau abzuschieben und die seit elf Jahren in Deutschland lebende Familie damit zu trennen.

Slawik C. erhielt Medikamente – offenbar Beruhigungsmittel. Zwei Tage vor seinem Suizid wurde er „zu seiner eigenen Sicherheit“ in Sicherungsverwahrung genommen. Dort verletzte er sich selbst an beiden Armen sowie am Kopf. Am nächsten Tag wurde er wieder in seine Zelle gebracht und erhielt Besuch von seiner Familie. Eine fachkundige medizinische Begleitung, welche die akute Suizidalität des Flüchtlings erkannt und deswegen eine Haftentlassung herbeigeführt hätte, fehlte ganz offenbar.

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, den Fall des armenischen Flüchtlings Slawik C. lückenlos aufzuklären und die rigide Abschiebungspolitik des Landes endlich zu beenden. Nicht eine bessere Kontrolle und (Video-)Überwachung der Flüchtlinge, sondern ein sensiblerer Umgang mit Flüchtlingen sowie der Verzicht auf eine Abschiebung um jeden Preis muss die Konsequenz aus diesem neuerlichen Todesfall in Abschiebungshaft sein.

Demonstration in Hannover am 9.7.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Nds. 6.7.2010 ■

Abschiebehäftlinge im Hungerstreik

HANNOVER. Um gegen ihre Abschiebung zu protestieren, traten am 26.6.2010 vier Abschiebehäftlinge in der JVA Langenhagen, Hannover, in Hungerstreik. Unter ihnen befand sich der syrische Flüchtling Abrahim Bakro, der am 22.6.2010 auf der Ausländerbehörde in Oldenburg von der Polizei festgenommen wurde, als er dort regulär seine Duldung verlängern wollte. Abrahim wurde sofort einer Richterin vorgeführt, die einen Haftbefehl gegen ihn aussprach, woraufhin er in die Abschiebehaft nach Langenhagen gebracht wurde. Das Abschiebe-

vorhaben der Ausländerbehörde Oldenburg basiert auf dem deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen, das Anfang 2009 in Kraft getreten ist. Demnach sollen rund 7000 syrische Flüchtlinge aus Deutschland abgeschoben werden. Aufgrund der Menschenrechtslage in Syrien, wo besonders Kurd_innen und Yezid_innen von Folter und Inhaftierung bedroht sind, wird dieses Rückübernahmeabkommen von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. So hatte selbst das Bundesministerium des Innern einen Entscheidungsstopp bezüglich von Asylanträgen syrischer Flüchtlinge angeordnet, nachdem mehrere Fälle von Verhaftungen nach der Abschiebung bekannt wurden. Am 27. Januar 2010 fand auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei eine Bundestagsdebatte zur Aussetzung des Abkommens statt, die scheinbar ergebnislos blieb. Die Innenministerien einzelner Länder zeigen sich restriktiv, darunter Niedersachsen als Vorreiter.

So wurde auch Abrahim Bakro, obwohl er durch den Hungerstreik gesundheitlich geschwächt war, am 29.6.2010 über den Flughafen Frankfurt nach Damaskus abgeschoben. Die drei verbliebenen Hungerstreikenden brachen ihren Streik aufgrund von Strafandrohung durch JVA-Beamt_innen am selben Tag ab. Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die besonders hinter Knastmauern schwer zu überwindende Repression.

Abrahim Bakro ist kein Einzelfall. Derzeit befinden sich 30 männliche Flüchtlinge in Langenhagen in Abschiebehaft, unter ihnen ein weiterer syrischer Flüchtling, dem nach seiner Abschiebung Inhaftierung und Folter drohen. Dazu Karim Alwasiti vom niedersächsischen Flüchtlingsrat: „Meiner Einschätzung nach erleben wir derzeit in Niedersachsen die erste Abschiebewelle, seit Ende Februar der Entscheidungsstopp für Abschiebungen nach Syrien aufgehoben wurde. Für einen Stopp des Rückübernahmeabkommens zwischen Deutschland und Syrien! Bleiberecht für alle!“

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Kids ohne Chance: Schiebt Deutschland 5.000 Roma-Kinder ab?

Berlin. Die 5.000 von einer Abschiebung aus Deutschland bedrohten Roma-Kinder haben im Kosovo keine Aussicht auf Schulbildung und gesellschaftliche Integration. Die zum größten Teil in Deutschland geborenen Kinder und Jugendliche landen nach der Rückführung im sozialen Abseits, wie eine am Donnerstag in Berlin vorgestellte UNICEF-Studie ergab. Demnach gehen drei von vier Kindern, die bislang schon aus Deutschland zurückkehrten, im Kosovo nicht mehr zur Schule.

Ein Rückübernahmeabkommen der Bundesregierung mit der kosovarischen Regierung vom 12. April 2010 betreffe knapp 12.000 Angehörige der Minderheiten der Roma-, Ashkali- und Kosovo-Ägypter. Bei bis zu 50 Prozent handele es sich um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im Durchschnitt lebten die befragten Familien 14 Jahre lang in Deutschland. Viele Kinder sprechen der Studie zufolge deshalb Deutsch als Muttersprache und können sich im Kosovo nicht verständigen.

UNICEF forderte daher ein dauerhaftes Bleiberecht für Kinder und Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen und integriert sind. „Bei Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisse für langjährig Geduldete muss das Kindeswohl der ausschlaggebende Faktor sein“, erklärte der Vorstand von UNICEF Deutschland, Tom Koenigs. *8. Juli 2010*

Quelle: www.net-tribune.de ■

„Abschiebungshaft darf Lebensbedingungen nicht verschlechtern“

Berlin, 1. Juli 2010. „Quälendes Warten – wie Abschiebungshaft Menschen krank macht“, so ist eine Studie des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes überschrieben, deren Ergebnisse für Deutschland am 1. Juli vorgestellt wurden.

Abschiebungshaft fügt Menschen unnötiges Leid zu und beeinträchtigt ihre körperliche und seelische Gesundheit, so das zentrale Ergebnis. Die Studie zeichnet ein umfassendes Bild der Lage von Abschiebungshäftlingen in 22 europäischen Staaten und lässt erstmals die Betroffenen selbst ausführlich zu Wort kommen. Es zeigt sich, dass die Häftlinge in erheblichem Maß unter der Unsicherheit über die eigene Zukunft, einem Mangel an Informationen und der Isolation von Familie und Freunden leiden. Sie fühlen sich als Kriminelle behandelt, obwohl ihnen in der Regel nicht mehr als der Verstoß gegen Einreisebestimmungen vorgeworfen wird. Zudem wird aus vielen Ländern über Diskriminierungen und Übergriffe von Mitgefangenen und Haftpersonal berichtet. Nach wenigen Monaten in der Haft klagen viele Betroffene über Appetitlosigkeit, Schlafstörungen und Depressionen. Davon sind nicht nur Menschen betroffen, die bekanntermaßen besonders schutzbedürftigen Gruppen angehören wie etwa Minderjährige, Schwangere oder psychisch Kranke. Die negativen Auswirkungen der Haft machen sich mit zunehmender Dauer auch bei vorher gesunden Personen bemerkbar.

Für Deutschland ergibt sich ein ähnliches Bild. Untersucht wurden hier die Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim und der polizeiliche Abschiebungsgewahrsam in Berlin-Köpenick. Besonders ins Auge fiel, dass die strengeren Hausregeln in München die Häftlinge weiter isolieren. So sind Besuche hier auf zweimal monatlich eine Stunde begrenzt; private Mobiltelefone dürfen nicht benutzt werden. „Viele Abschiebungshäftlinge können sich zudem keinen Anwalt leisten“, sagt Heiko Habbe, Jurist beim Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland. „Dabei zeigt die Erfahrung, dass etwa jeder Dritte zu Unrecht oder zu lange inhaftiert wird – aber allein haben sie keine Chance, sich erfolgreich vor Gericht zu wehren.“

Angesichts der Ergebnisse der Untersuchung tritt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst dafür ein, stärker als bisher Alternativen zur Verhängung von Abschiebungshaft zu berücksichtigen, die Betroffenen konsequent getrennt von Strafgefangenen unterzubringen, die Dauer der Haft auf maximal drei Monate zu begrenzen und kostenlose Rechtsberatung zu ermöglichen.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS) ■

Innenministerkonferenz blockiert Schulbesuch

Bonn. Die Einhaltung des Koalitionsvertrags der Bundesregierung, in dem zwecks der menschenrechtlich gebotenen Ermöglichung des Zugangs zu Bildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus die Aufhebung der Meldepflicht öffentlicher Stellen für den Schulbesuch von Kindern ohne regulären Aufenthaltsstatus angekündigt wird, fordert Gerd Pflaumer, Vorstandsmitglied von AKTIONCOURAGE – SOS Rassismus, in einem Schreiben an Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Zu seiner Intervention veranlasst sieht sich Pflaumer, da die Innenministerkonferenz der Länder infolge des Vetos einiger der CDU/CSU angehöriger Landesinnenminister die im Koalitionsvertrag beschlossene Änderung des Aufenthaltsgesetzes blockiert. Er verlangt, dass de Maizière bei den Ministerpräsidenten der blockierenden Bundesländer auf die Einhaltung des von ihnen mitgetragenen Koalitionsvertrags drängt und die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Koalitionsrunde setzt.

Ferner solle die Bundesregierung rasch einen Gesetzentwurf zur Änderung von §

87 des Aufenthaltsgesetzes im Bundestag einbringen. An der erforderlichen Zustimmung des Bundesrats dürfte nach Einschätzung Pflaumers die versprochene Gesetzesänderung nicht scheitern, da einige unionsgeführte Länder wie z. B. NRW und Hessen bereits entsprechende landesrechtliche Regelungen getroffen hätten. Die im Koalitionsvertrag beschlossene Änderung entspricht laut Pflaumer schon seit Jahren von wichtigen zivilgesellschaftlichen Institutionen erhobenen Forderungen. Er weist dabei u.a. auf das Katholische Forum Illegalität, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, den DGB, das Forum Menschenrechte, das Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte und das Deutsche Institut für Menschenrechte hin. Ferner erinnert er an ein Schreiben von de Maizières Amtsvorgänger vom Mai 2009 an die katholischen Bischöfe, EKD, BDA und DGB, in dem Schäuble aus humanitärer Sicht und im gesellschaftlichen Interesse befürwortet hatte, Kindern unabhängig vom Aufenthaltsstatus den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. „Es geht unseres Erachtens nicht an, die unionsinternen Differenzen in dieser Frage auf dem Rücken der Schwächsten und Schutzbedürftigsten unserer Gesellschaft auszutragen. Hier steht auch die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien auf dem Spiel“, betont Pflaumer abschließend. *Pressemitteilung AKTIONCOURAGE e.V* ■

Innenministerium verweigert Annahme von Härtefallantrag im Kirchenasylfall

HANNOVER. Das niedersächsische Innenministerium sucht die Konfrontation mit der Kirche: Das Land weigert sich, den Fall der zwei Roma-Frauen, die die Auferstehungsgemeinde in Rotenburg am 24. Juni ins Kirchenasyl aufgenommen hat, in der Härtefallkommission auch nur zu behandeln: Die betroffenen Frauen hätten durch die Flucht ins Kirchenasyl die geplante Abschiebung vereitelt und damit einen formalen Ausschlussgrund erfüllt, der es der Härtefallkommission unmöglich mache, sich in der Sache mit der Angelegenheit zu befassen.

Diese Interpretation erscheint rechtlich fragwürdig, wenn nicht falsch: Da der Ausländerbehörde frühzeitig mitgeteilt wurde, dass Kirchenasyl gewährt würde, haben nicht die Betroffenen die Abschiebung verhindert – der Aufenthaltsort war der Ausländerbehörde ja bekannt. Vielmehr hat die Ausländerbehörde aus Rücksicht auf die Kirchen auf die Durchführung der Abschiebung verzichtet. Das Innenministerium hat in Beantwortung einer Kleinen Anfrage am 11.9.2007 selbst mitgeteilt: “… Kirchliche Räume sind … nicht “rechtsfrei” und der staatliche Zugriff ist dort jederzeit unter denselben rechtlichen Voraussetzungen zulässig wie an jedem anderen Ort. Wenn die Vollzugsbehörden aus Respekt vor dem besonderen Charakter dieser Orte auf die Durchsetzung der gesetzlich gebotenen Zwangsmaßnahmen gegen Personen verzichten, verzichtet der Staat einseitig darauf, zum Zweck der Abschiebung unmittelbaren Zwang gegen Personen in bestimmten kirchlichen Räumen anzuwenden. …” Nicht der Aufenthalt der betroffenen Flüchtlinge in einer Kirche hat insofern den Vollzug der Abschiebung verhindert, sondern der Verzicht der Behörden auf ihre Durchsetzung mit der o.g. Begründung. Mit etwas gutem Willen hätte es das Innenministerium daher in der Hand, die Durchführung des Härtefallverfahrens mit entsprechender Begründung zu ermöglichen. Dass es dies – im Unterschied zu anderen Bundesländern – nicht tut, ist ein Affront nicht nur gegen die Mitglieder der Härtefallkommission, sondern auch gegen die Kirchen. Man darf gespannt sein, wie sich die Konföderation der Evangelischen Kirchen Niedersachsens dazu verhalten wird. *Quelle: Nds. Flüchtlingsrat* ■

Weg zu humanitärem EU-Asylrecht nicht blockieren

„Eine Angleichung des Asylrechts innerhalb der EU ist dringend notwendig“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu Medienberichten über entsprechende Pläne der EU-Kommission. „In Sachen Asylrecht gleicht die EU derzeit einem Flickenteppich. Die Anerkennungsquoten für die gleichen Flüchtlingsgruppen tendieren in manchen Staaten gegen Null, in anderen betragen sie rund 80 Prozent. Diese Ungleichbehandlung der Asylsuchenden muss ein Ende haben.“ Jelpke weiter: „Die Pläne der EU-Kommission fallen nicht vom Himmel, sondern folgen Zielvereinbarungen, die in den letzten Jahren in den EU-Gremien beschlossen wurden. Die Bundesregierung hat, wenn es um mögliche Verbesserungen beim Asylrecht ging, stets gebremst. Jetzt, wo die Beschlüsse allmählich umgesetzt werden müssen, kündigt sie offenen Widerstand an. Dass Innenstaatssekretär Ole Schröder in diesem Zusammenhang vor einer ‚Sogwirkung‘ warnt, zeigt, dass es der Bundesregierung nicht um effektiven Flüchtlingsschutz geht, sondern um die Beibehaltung der restriktiven deutschen Regelungen. Dabei ist das Asylrecht in mehrfacher Hinsicht reformbedürftig. Eine EU-weite Harmonisierung muss insbesondere das entwürdigende Festhalten von Flüchtlingen in den Transitzonen deutscher Flughäfen endlich beenden. Dort werden Menschen, die Asyl suchen, faktisch eingesperrt. Ordentliche Anhörungen und Zugang zu Anwälten sind kaum gewährleistet. Es gibt zudem keine Begründung dafür, Asylsuchende diskriminierenden Sonderregelungen bei Arbeitsmarktzugang und Sozialhilfe zu unterwerfen.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass auch die EU-Flüchtlingspraxis einer Reform bedarf. Die so genannte Grenzschutzagentur Frontex wirkt faktisch als Migrations-Verhinderungs-Agentur, und die Dublin-II-Verordnung begründet einen EU-weiten Verschiebebahnhof für Flüchtlinge. Bis zu einem humanitären Flüchtlingsrecht ist es also noch ein weiter Weg. Die Bundesregierung sollte diesen Weg bereiten, statt ihn zu blockieren.“

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Residenzpflicht aufheben!

„Die Abschaffung der Residenzpflicht durch die rot-rote Landesregierung in Brandenburg ist ein wichtiger Schritt. Er sollte der Anfang vom Ende der Residenzpflicht im Bund sein“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Ankündigung der brandenburgischen Landesregierung, die Aufenthaltsbeschränkungen von Asylbewerbern in den nächsten Wochen abzuschaffen. Jelpke weiter:

„Über 126.000 Menschen – Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung und Geduldete – unterliegen bundesweit der Residenzpflicht. Sie werden gesetzlich verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Landkreis nicht zu verlassen. In Brandenburg wohnen nur knapp 3.000 Flüchtlinge, die sich künftig zumindest innerhalb des Bundeslandes frei bewegen dürfen. Diese Zahlen hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mitgeteilt (BT-Drs. 17/2261). Den 123.000 Flüchtlingen, die nicht in Brandenburg wohnen, wird weiterhin das Grundrecht auf Freizügigkeit vorenthalten. Der faktische Landkreisarrest bringt in zahlreichen Fällen persönliche Härten mit sich, weil die Betroffenen vor jeder ‚Reise‘ in einen anderen Kreis eine Genehmigung einholen müssen, für die ihnen häufig noch Geld abgeknöpft wird. Besuche bei der Familie wie auch die Arbeitssuche sind damit erheblich eingeschränkt. Einen rechtsstaatlich vertretbaren Grund hierfür gibt es nicht, die Residenzpflicht ist eine reine Schikanemaßnahme, in denen Flüchtlingen ihr Status als Mensch zweiter Klasse verdeutlicht wird. Damit muss Schluss sein, und zwar bundesweit. Ich bin zuversichtlich, dass die anderen Landtagsfraktionen der LINKEN dieses Thema auf die Tagesordnung bringen werden. Im Bundestag wird derzeit ebenfalls ein Antrag der LINKEN beraten, diese inhumane und diskriminierende Regelung abzuschaffen (BT-Drs. 17/2325).“ *Ulla Jelpke, MdB.* ■

Helgoland durchtrennt den Mantel des Schweigens

65 Jahre nach dem Ende des Faschismus in Deutschland wurden auf Helgoland fünf Stolpersteine gelegt, die an die mutigen Männer erinnern, die wenige Tage vor dem 8. Mai 1945 die Insel kampflos übergeben wollten, um sowohl die Bewohner von Helgoland als auch die Insel selbst zu retten. Doch sie wurden verraten, am 17. April 1945 verhaftet und am 21. April in Cuxhaven standrechtlich erschossen.

Der sechste Stolperstein erinnert an den Helgoländer Frisör Heinrich Prüß, der während der Nazizeit unverdrossen seine politische Meinung äußerte und sich nicht den Mund verbieten ließ. Er glaubte, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, und das sagte er auch seinen Kunden im Frisiersalon. Im Oktober 1943 wurde er verhaftet und im August 1944 in Brandenburg hingerichtet.

Die Verlegung der sechs Stolpersteine war eine bewegende Stunde, denn unter den Teilnehmern waren noch etliche Verwandte der Opfer. Der 74jährige Heinz Pester war 10 Jahre alt, als sein Vater Hans Pester als einer der Männer der Widerstandsgruppe erschossen wurde. „Es bedeutet für mich sehr viel, dass gerade an diesem Ort , wo er gelebt hat, eine Würdigung erfolgt“, sagte er tief berührt Auch fünf Enkel von Georg Braun wohnten der Verlegung des Stolpersteins ihres Großvaters bei.

An der anschließenden Feierstunde im Rathaus nahmen Rolf Burgard, gebürtiger Helgoländer, und Marianne Wilke für die VVN teil. Nach den Ansprachen vom Bürgermeister Frank Botter, dem Kreispräsidenten Burkhard Tiemann sowie dem Vorsitzenden des Museumsvereins sprach Rolf Burgard als Vertreter der VVN-BdA und fand volle Aufmerksamkeit, denn er schilderte seine ganz persönlichen Empfindungen, seinen Weg zur

VVN und die Bedeutung der Stolpersteine für ihn.

Astrid Friederichs, eine gebürtige Helgoländerin, hat ein kleines Buch über diesen Teil der Helgoländer Geschichte zwischen 1933 und 1945 veröffentlicht. Im Vorwort des gut 100seitigen Buches „Wir wollten Helgoland retten“ heißt es: „Diese Dokumentation ist ein Versuch, Licht in die Geschehnisse von 1945 zu bringen; sie ist jedoch immer noch lückenhaft. Ich hoffe, dass sie zu weiteren Diskussionen und Recherchen anregt, damit die Widerstandsgeschichte vollständig aufgeklärt werden kann.“

Astrid Friederichs „Wir wollten Helgoland retten“, 12 Euro, zu bestellen über das Museum Helgoland, PF 1044, 27498 Helgoland.

Neuerscheinung: Brauner Sumpf – Bekenntnisse eines Aussteigers

Im Greifenverlag ist jetzt das Buch „Brauner Sumpf – Bekenntnisse eines Aussteigers“ von Alexander Nyffenegger erschienen. „Nyffenegger gehörte mehrere Jahre zur Führungsriege der rechten Bewegung in der Schweiz. Vor 10 Jahren ist er ausgestiegen. Sein Buch ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Innereien der Neonazi-Szene“, so der Verlag in seiner Ankündigung.

Nyffenegger selbst über die Beweggründe und zum Inhalt des Buches: „Ich führe die Leserin und den Leser auf eine Reise voller persönlicher Eindrücke und Erlebnisse, die mir in meinen etwa anderthalb Jahren Zugehörigkeit zum Neonazi-Milieu widerfahren sind. Es spielen dabei entscheidende Situationen in meiner Jugendzeit genauso eine Rolle wie die Tatsache, dass ich nicht zuletzt im Zuge meines damaligen Arbeitsplatzes auf eine politische Rechtsaußenpartei gestoßen bin, innerhalb derer ich binnen kurzer Zeit Karriere und en passant die Bekanntschaft zu den schlimmsten Figuren der Nazi-Szene machen konnte. Ich schildere unter anderem auch, wie ich besagte Kleinpartei, die im Jahre 2000 noch über ein Nationalratsmandat verfügte, sowohl von innen wie außen völlig umstrukturieren und radikalisieren wollte, die alten Kaderleute mittel- bis langfristig durch stramme junge Rechtsextremisten zu ersetzen gedachte und auf schleichende Art und Weise den Nationalsozialismus hoffähig zu machen wünschte.

Gleichzeitig zeige ich auf, wie ich mich dabei, auch unter dem Einfluss meines anhaltenden Kokainkonsums in kriminelle Machenschaften verstrickte, so etwa Gelder im kleinen Rahmen veruntreute, meine Pensionskassengelder durch die Bildung einer Scheinfirma flüssig machen konnte und auf dem Höhe- bzw. Tiefpunkt auf Vorschlag meines Vorgesetzten in der Partei (!) die Scheinheirat mit einer ukrainischen Animierdame einging. Diese stetige Entwicklung nach abwärts führte schließlich dazu, dass ich die Parteiarbeit quittierte und zum krönenden Abschluss meiner rechten Laufbahn für einige Wochen bei der damals gerade neu gegründeten ‚Partei National Orientierter Schweizer’ PNOS als Pressechef waltete und sogar deren allererstes Parteiprogramm verfasste. Irgendwann jedoch kehrte die Vernunft zurück, und ich musste mich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Entweder würde ich jetzt gerade noch die Kurve kriegen und auf einen Schlag mein Leben ändern oder meine Zukunft für eine Ideologie auf’s Spiel setzen, die nur den weiteren sozialen Abstieg bedeuten konnte.

Die unterstützenden Gespräche mit Samuel Althof von der ‚Aktion Kinder des Holocaust’ verhalfen mir dazu, die richtige Entscheidung zu treffen.“

Alexander Nyffenegger: Brauner Sumpf – Bekenntnisse eines Aussteigers. Greifenverlag zu Rudolstadt & Berlin, ISBN 978-3-86939-008-6, Ca. 130 Seiten, Preis: 12,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Zahlmeister der Welt infolge deutschen Schuldkomplexes

„Zuerst! Deutsches Nachrichtenmagazin“, eine sich stilistisch an „Spiegel“ und „Focus“ orientierende Zeitschrift des rechten Verlegers Dietmar Munier aus Schlweswig-Holstein, erscheint im Juli 2010 mit der siebten Ausgabe. Allen vollmundigen Erklärungen von Verlag und Redaktion, wonach das Projekt, das nach der Übernahme des einschlägigen neofaschistischen Organs „Nation & Europa“ durch Munier entstand, überaus erfolgreich sei, gleicht das Blatt bei den Anzeigen einer Wüste. Die wenigen Anzeigen, die geschaltet wurden, entstammen entweder Muniers rechtem Medienkonzern selbst oder Verlagen, die der äußerst rechten Szene eng und freundschaftlich verbunden sind. Geworben wird prominent auf der hinteren Umschlagseite für einen unpolitischen Titel aus dem Universitas-Verlag, der zur Verlagsgruppe des rechtskonservativen Verlegers Herbert Fleissner gehört. Ansonsten inserieren die „Deutsche Militärzeitschrift“ (Munier), der „Aula Verlag“ (FPÖ), der „Pour le Mérite-Verlag“ (Munier), der Verlag „Zur Zeit“ aus Wien (FPÖ-nah), der Online-Buchhändler „Lesen & Schenken“ (Munier), der „Arndt-Verlag“ (Munier), ein obskures Blatt „Der Tiroler“ sowie die rechten österreichischen Verlage „Der Eckart“ und „Ares“ (Graz). Dazu kommt noch ein veraltetes Faltblatt des FZ-Verlages (Gerhard Frey). Für ein aufwändig erstelltes Blatt mit 82 Seiten ist das extrem wenig und deutet darauf hin, dass es sich bei „Zuerst!“ derzeit für Munier um ein Zuschussgeschäft handeln könnte. Man darf also mit Recht darauf gespannt sein, wie es mit der Zeitschrift, die in erster Linie Leser(innen) ansprechen will, die nicht zum festgefügten rechten Lager gehören, weitergehen wird.

Der sommerliche Schwerpunkt liegt auf dem Thema „Zahlmeister der Welt – wie wir Deutschen zur Kasse gebeten werden“ dem sich SUSANNE STEVENS, PAUL KRANZ und Chefredakteur GÜNTHER DESCHNER auf sieben Seiten widmen. Der Titelbeitrag enthält zuerst einmal das, was man erwartet: „Zahlmeister der Welt – Berlin macht Milliarden locker, während Deutschland finanziell ausblutet. Die Deutschen werden ausgenommen – aber wie lange lassen sie sich das noch gefallen?“ Ein wenig unappetitlich sind die Schlachthausmetaphern zwar, doch bewusst und klug eingesetzt: Panikmache eben. „Obwohl alle Alarmglocken schrillen, zieht Deutschland ... immer wieder aufs neue die ganz große Spendierhose an... Der deutsche Gesamtanteil der ‚EU-Rettungsschirme‘ für Griechenland und andere Pleitekandidaten unter den Mitgliedsstaaten der EU kann nach Einschätzung von Finanzexperten im Ernstfall bis zu 150 Milliarden Euro betragen...“. „Doch immer mehr Deutsche spüren, daß sie über den Tisch gezogen werden, daß ihnen das Geld, das sie verdient haben, für andere abgenommen wird, und dass sie für das zahlen sollen, was andere verbockt haben.... Die praktische Zulassung von ‚Bailouts‘ innerhalb der Eurozone wird nur von 24 Prozent der deutschen Wähler unterstützt – wohl aber von 53 Prozent der Franzosen, 55 Prozent der Spanier und von 67 Prozent der Italiener – Nutznießern der Kapitalspritzen aus Berlin“.

Dem allgemeinen, eher kleingeistigen, Lamento, Geld für andere auszugeben, statt für die eigenen Leute, folgt die spezielle Klage, man erhalte für das schöne viele Geld zu wenig Gegenleistungen in Form von Spitzenposten und politischen Einflusses. Schuld daran sei der deutsche Schuldkomplex: „Auch 65 Jahre nach Kriegsende treten deutsche Spitzenpolitiker auf internationaler Bühne am liebsten in der Rolle des Moderators und nicht als Interessenvertreter auf. Das weist darauf hin, daß die – von ihren seit 1949 im Grunde sich gleich gebliebenen Parteien geprägten – Politiker zu wenig in den Kategorien deutscher Souveränität denken und zu viel in den Denkmustern einer Vergangenheitsbewältigung, die sich moralisch drapiert, wo es doch oft nur um nackte Interessen und um Geld geht. Diesen Politikern, die in der moralisch abgetönten Denk- und Gefühlswelt Nachkriegsdeutschlands aufwuchsen, hat man eingetrichtert, daß die europäische Integration die einzige Alternative zu neuen militärischen Konflikten in Europa ist – und nicht wenige von ihnen glauben noch heute, daß dies auch richtig ist. Auch ihre Großzügigkeit im Umgang mit dem Geld ihrer Steuerzahler mag ursprünglich in einem unausgesprochen-diffusen Gefühl der ‚historischen Verantwortung‘ gegründet haben“. Chefredakteur Günther Deschner und seine Mitautoren drücken sich vornehm-zurückhaltend aus. Damit aber auch jeder weiß, was gemeint ist, braucht es einen Mann fürs Grobe: „Peter Scholl-Latour drückte das in einem Interview mit der Zeitschrift TV Hören und Sehen einmal mit den plastischen Worten aus, es handle sich hier ‚um einen offenbar zwanghaften Reflex aus der Nachkriegszeit, der noch aus dem Schuldkomplex des Zweiten Weltkriegs herrührt – vielleicht wird er ja auch deswegen so gepflegt‘.

Ein geradezu bizarres Beispiel dafür, wie unterschwelliger Antisemitismus mit den vorgeblichen Interessen Israels kombiniert werden kann, bietet ebenfalls der titelgebende Beitrag: „Zum Beispiel Rundumfinanzierung für Staatsbürger der ehemaligen Sowjetunion: Auf Grund einer Zusage von Helmut Kohl und eines Regierungsbeschlusses von 1991 können Bürger der früheren Sowjetunion ungehindert nach Deutschland einreisen, sofern sie nach russischem Recht jüdischer Nationalität sind. In den Jahren 2002 bis 2004 hat Deutschland mehr osteuropäische Juden aufgenommen als die USA oder Israel. Das kostete den Steuerzahler laut Berliner Zeitung vom 21. Dezember 2004 rund 1,8 Milliarden Euro – und führte überdies zu einer unnötigen Verstimmung mit Israel. Das Land ist auf Einwanderung angewiesen. Es gehe nicht an, daß Deutschland den russischen Juden mehr Sozialleistungen biete als Israel, kritisierte die Jewish Agency, die Einwanderungsbehörde des Staates Israel laut Frankfurter Allgemeine Zeitung. Dadurch werde ‚das Existenzrecht Israels in Frage gestellt‘. Erst auf Druck Israels hat die Bundesregierung die Einreisebestimmungen verschärft.“

Zum Schluss der Zynismus des Monats, verfasst von Zuerst!-Autor MARTIN HABER: „weil Züge auch während des Krieges durch Europa rollten und zwangsläufig Juden beförderten, die umkamen“. Auf die Idee, sich in so schamloser Weise für ihre Mitverantwortung für die Transporte von jüdischen Menschen in die Vernichtungslager reinzuwaschen, kam nicht einmal die Unternehmensführung der Deutschen Bahn. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507